

07/2020

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN

STACHLIGE ARGUMENTE

No.203

Schwerpunkt

DIE ZUKUNFT RUFT NACH UNS

Berlin braucht ein grünes
Programm für morgen.

Corona
**BEHERZT,
ABER BESONNEN!**

Mobilität
NEUE WEGE FÜR DAS RAD

Rassismus
HANAU UND KEIN ENDE



GRÜNZEUG

DAS WÖRTERBUCH

WAS IST EIGENTLICH DAS LADG?

LADG steht für Landesantidiskriminierungsgesetz und ist ein Meilenstein in der Antidiskriminierungspolitik. Mit ihm erhalten die Bürgerinnen und Bürger ein Instrument, mit dem sie die verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbote durchsetzen können. Das LADG bietet Schutz vor Diskriminierungen aufgrund rassistischer und antisemitischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität sowie des sozialen Status. Das LADG schließt bestehende Schutzlücken bei Diskriminierungen durch hoheitliches Handeln und gibt den Betroffenen Ansprüche auf Schadenersatz und Entschädigung. Außerdem enthält es eine Beweiserleichterung, ein Verbandsklagerecht und die Möglichkeit einer Prozessstandschaft. Zudem sieht das Gesetz die Einrichtung einer Ombudsstelle vor, die Betroffene unterstützt und auf eine gütliche Streitbeilegung hinwirken kann.

Von Dr. Dirk Behrendt,
Mitglied im KV Friedrichshain-Kreuzberg

EDITORIAL

ES GIBT VIEL ZU TUN!

Auch wenn sich in den letzten Monaten fast alles um Corona drehte, stand der Rest der Welt nicht still. Das haben spätestens die erschütternden Ereignisse in den USA gezeigt. Ob Rassismus oder Transphobie, Bildungsgerechtigkeit oder Wohnungsnot: es gibt viel zu tun! Es gibt aber auch gute Nachrichten: Berlin hat nun endlich ein Landesantidiskriminierungsgesetz. Das grüne Herzensprojekt wurde im Mai nach fast zehnjähriger Entstehungsgeschichte final vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Und es kommt keinen Moment zu früh angesichts der Diskussion um (keinen) Rassismus bei der deutschen Polizei.

Nächstes Jahr stehen Wahlen zum Abgeordnetenhaus an, und wir wollen auch in den kommenden fünf Jahren möglichst viele grüne Ideen umsetzen. Welche das sein könnten wollen wir schon jetzt mit euch diskutieren, und dabei frühzeitig Input der Berliner Stadtgesellschaft einholen. Dazu haben wir auf unserem ersten digitalen Landesausschuss im Mai einen partizipativen Prozess gestartet. Alle Infos dazu findet ihr in unserem Schwerpunkt zum Wahlprogramm.

Die Abläufe beim Erstellen eines Magazins haben sich trotz Corona erstaunlich wenig geändert! Außer dass es einen personellen Wechsel gab. Johannes Frericks ist seit Mai neuer Pressereferent in der Landesgeschäftsstelle, und damit auch für die Koordination der Stacheligen Argumente zuständig.

Wenn ihr Vorschläge oder Ideen habt, meldet euch gerne unter stachlige-argumente@gruene-berlin.de.

01

INHALT

DISKURS

- | | | | |
|-----------|---|-----------|---|
| 02 | CORONA
BEHERZT, ABER BESONNEN! | 10 | KULTUR
EINE GANZ NORMALE KLASSE |
| 05 | DIGITALISIERUNG
WIR SCHALTEN UM | 11 | WAS TUN!
KÜHLES NASS |
| 06 | MOBILITÄT
NEUE WEGE FÜR DAS RAD | 12 | EUROPA
#LEAVE NO ONE BEHIND |
| 08 | RASSISMUS
HANAU UND KEIN ENDE | 14 | BRANDENBURG
OB STADT, LAND ODER KRISE |

SCHWERPUNKT

16

DIE ZUKUNFT RUFT NACH UNS
BERLIN BRAUCHT EIN GRÜNES PROGRAMM FÜR MORGEN.

Zeit für Eure Ideen!

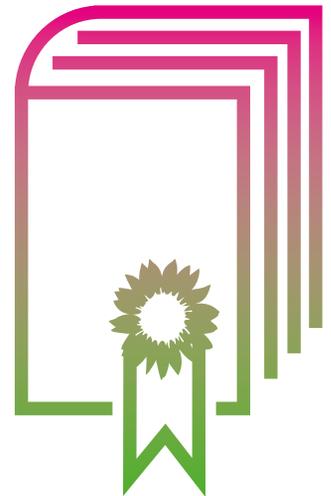
Macht mit beim grünen Wahlprogramm

Zeit für Debatte!

Diskutiert mit uns über Berlins Zukunft

Was uns bewegt

Die grüne Vision für Berlin



VOR ORT

26

FRAKTION, LAGen, AGen,
KREISVERBÄNDE

MEHR BIO AN BERLINER SCHULEN

KLIMAKOSTEN SICHTBAR MACHEN

**MEHR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ,
WENIGER DISKRIMINIERUNG!**

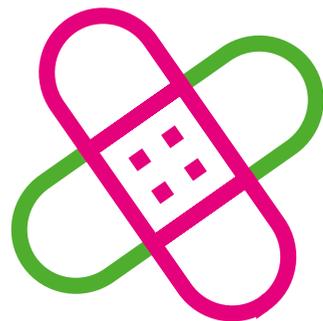
QUEER AUS DER KRISE

**#BERLINGIESST – GEMEINSAM
FÜR DAS BERLINER STADTGRÜN**

WOHNRAUM IST ZUM WOHNEN DA

**EUROPASCHULE »CAMPUS
DREILINDEN« – MACHT SCHULE?**

BEHERZT, ABER BESONNEN!



CORONA INFOS

Coronavirus-Hotline
des Bundesgesundheitsministeriums
030/34 64 65 100

Berliner Hotline bei Corona-Verdacht
030/90 28 28 28

**Offizielle Informationen
des Bundesgesundheitsministeriums**
[www.bundesgesundheitsministerium.de/
coronavirus](http://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus)

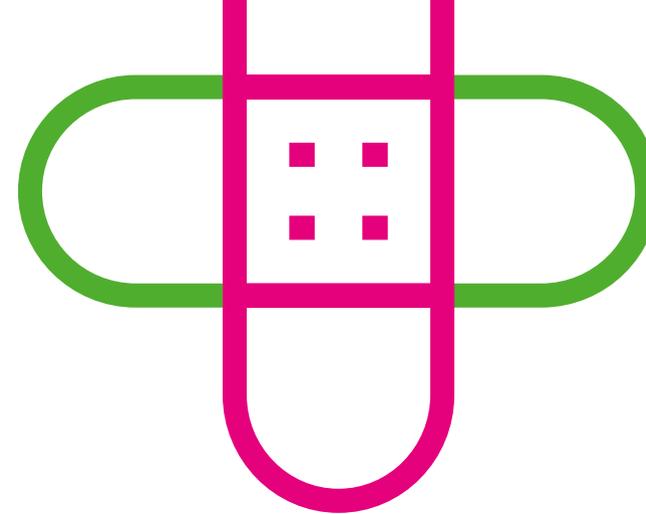
**Informationen der Bundeszentrale für
gesundheitliche Aufklärung**
www.infektionsschutz.de/coronavirus

Informationen zum Corona Virus
in leichter Sprache
[www.mdr.de/nachrichten-leicht/
informationen-zum-corona-virus-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten-leicht/informationen-zum-corona-virus-100.html)

BERLIN IN DER CORONA KRISE

Selten hat ein singuläres Ereignis unser aller Leben dermaßen schnell auf den Kopf gestellt wie das Auftreten des neuartigen Covid-19, auch Corona-Virus genannt. Noch im Februar ahnte trotz der dramatischen Entwicklungen in China wohl kaum jemand das Ausmaß dessen, was da auf uns zurollte. Im März war bereits nichts wie zuvor. Geschäfte mussten schließen, Grenzen wurden geschlossen, der Kontakt mit Personen außerhalb des eigenen Haushalts eingeschränkt. Das öffentliche Leben kam in Windeseile zum Erliegen. Auch sprachlich fanden ganz neue Begriffe Einzug in unser alltägliches Vokabular: Social Distancing, Flatten the Curve und nicht zuletzt die Systemrelevanz.

Die Berliner*innen haben dabei gut mitgezogen und sich solidarisch mit Risikogruppen weitestgehend an die neuen Regeln gehalten. So blieben Berichte über Corona-Partys oder Open-Air-Happenings auch bei bestem Frühlingwetter die Ausnahme. Berlin hat bewiesen, dass seine Bewohner*innen trotz Social Distancing zusammenstehen und sich trotz frustrierender Kontakteinschränkungen zusammenreißen können. Geholfen hat dabei sicherlich die beherzte, aber besonnene Reaktion des Berliner Senats. Sowohl Einschränkungen als auch Lockerungen wurden mit Augenmaß vorgenommen. Am Popularitätswettbewerb anderer Bundesländer wollte sich hier niemand beteiligen. Berlin hat frühzeitig die richtigen Schlüsse gezogen und ist beherzt vorangeschritten: als erstes Bundesland hat es eine Großveranstaltung abgesagt, und auch als erstes Bundesland Kulturstätten geschlossen. Und mit dem deutschlandweit einzigartigen Ampel-System wurde ein zuverlässiges Frühwarn-System entwickelt, das uns sowohl Luft zum Atmen, als auch genug Zeit zum Zurückrudern gibt.



NOTFALL

UND HILFE-NUMMERN

BIG Hotline
Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen
Frauen und ihre Kinder
030/611 03 00

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen
0800/0 116 016
www.hilfetelefon.de

Frauenkrisentelefon
030/615 42 43
030/615 75 96 (Migrantinnenberatung)

Opferhilfe
030/395 28 67

Telefonseelsorge
0800/111 0 111
www.telefonseelsorge.de

Berliner Krisendienst
030/390 63 00
www.berliner-krisendienst.de

Silbernetz für Menschen ab 60
0800/470 80 90
www.silbernetz.org

Jugendnotdienst
030/61 00 62
www.berliner-notdienst-kinderschutz.de

ASUM Mieterberatung
030/29 34 31 0
info@asum-berlin.de

Berliner Mieterverein
030/226 260

BERLIN LÄSST NIEMANDEN ZURÜCK.

Corona hat uns außerdem vor Augen geführt, welche Jobs jahrzehntelang zu gering geschätzt wurden: Careberufe, Supermarkt-Kassierer*innen, oder Paketbot*innen. Ihr individueller Einsatz hat unsere Gesellschaft in den letzten Monaten buchstäblich am Leben erhalten. Der Dank dafür muss weitaus mehr sein als allabendliches Klatschen auf dem Balkon. Faire Bezahlung, mehr Personal und angemessene Arbeitszeiten wären ein Anfang. Auch und besonders in den Berufsgruppen, die zwar von den reichsten Konzernen der Welt beschäftigt werden, in denen Arbeitnehmer*innenrechte aber oft systematisch missachtet werden. Systemrelevanz sollte uns jedoch auf allen Ebenen etwas Wert sein!

Berlin lässt niemanden zurück. Das wurde auch daran deutlich, dass wir als erstes Bundesland Soforthilfen für Unternehmen, Selbstständige und Freiberufliche bereitgestellt haben. Unsere grüne Wirtschaftssenatorin Ramona Pop hat dabei eine unkomplizierte und schnelle Verteilung durchgesetzt, die ohne große bürokratische Hürden bewältigt werden konnte. Gerade viele Kleinstunternehmer*innen, Medien- und Kulturschaffende mussten nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr finanzielles Überleben bangen. Denn viele von ihnen operieren unter finanziell prekären Bedingungen, wodurch Umsatzausfälle schnell in die Insolvenz führen. Sie finanziell abzusichern ist entscheidend für eine lebhaftere und wahre Demokratie. Unsere Gesellschaft braucht Medien, Kunst und Kultur wie ein Mensch die Luft zum atmen – das hat die Corona Krise einmal mehr bewiesen. Mensch stelle sich einmal nur vor, die nächste Quarantäne ohne Musik, Bücher, Filme oder Podcasts verbringen zu müssen.

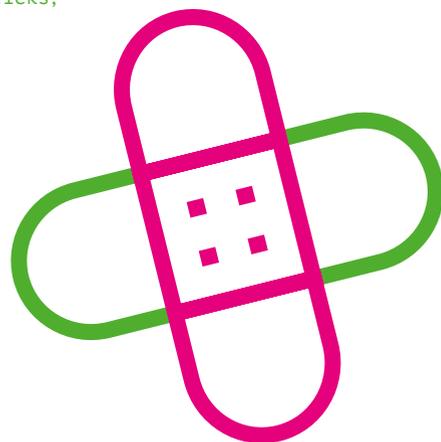
DIE PANDEMIE HAT UNS GESELLSCHAFTLICHE UNGLEICHHEITEN NOCH DEUTLICHER VOR AUGEN GEFÜHRT.

Die meiste Zeit zu Hause zu verbringen dürfte vielen aber auch mit einem vielseitigen, größtenteils digitalen Kulturangebot dennoch schwer gefallen sein. So mancher alltäglicher Corona-Frust wurde vielleicht auch mal an Familienmitgliedern oder Mitbewohner*innen ausgelassen. Doch für einige Menschen war die Quarantäne geradezu lebensgefährlich, denn nicht für alle ist das Zuhause ein safe space. Häusliche Gewalt ist alltäglich und ein ohnehin viel zu weit verbreitetes Problem, dessen Ausmaß unter Corona noch mal zugenommen hat. Als Reaktion auf die Pandemie hat der Senat für schnelle Abhilfe gesorgt, indem kurzerhand zwei Hotels angemietet und in Frauenhäuser umgewandelt wurden. Außerdem spannte man für in Not geratene Mieter*innen und einkommensschwache Haushalte einen Schutzschirm auf. Kontaktnummern und Hilfsangebote sind dem Kasten neben dem Text zu entnehmen.

Die Pandemie hat viele dieser Missstände verstärkt oder ihre tatsächlichen Ausmaße anschaulich verdeutlicht. So hat sich zwar gezeigt, dass wir im Gesundheitsbereich vergleichsweise gut aufgestellt sind, bei Bildung und Digitalisierung dagegen dringend Nachholbedarf besteht. Während viele Jobs, zur Überraschung vieler Arbeitgeber*innen, äußerst leicht ins Homeoffice verlegt werden konnten, ließ die Videoqualität dank fehlendem Breitband-Internet oft zu wünschen übrig. Im Bildungsbereich klaffte schon vor Corona eine riesige Lücke, besonders zwischen Schüler*innen einkommensstarker und -schwacher Familien. Die Pandemie hat uns gesellschaftliche Ungleichheiten noch deutlicher vor Augen geführt und gezeigt, dass wir noch immer nicht in der Lage sind, alle jungen Menschen gleichermaßen gut auf das moderne Leben vorzubereiten. Doch während die Bundesregierung großen Unternehmen mit kostspieligen Lösungen schnell zur Seite stand, wurden die katastrophalen Auswirkungen der Krise für Kinder und Jugendliche eher stiefmütterlich behandelt. Unsere grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus hat früh versucht, die Bedürfnisse besonders benachteiligter Kinder durch eine Ausweitung der Not-Betreuung zumindest ein Stück weit zu lindern. Grüne Bezirke haben durch die Einrichtung von autofreien Spielstraßen den Druck von den Familien genommen, die durch beengten Wohnraum auf Spielplätze angewiesen sind und am stärksten unter der Sperre des öffentlichen Raums gelitten haben.

Die Pandemie hat auch bewiesen, wie systemrelevant die Wissenschaft ist. So hat die Berliner Charité innerhalb kürzester Zeit den weltweit ersten Test für das neue Virus entwickelt. Und dass Deutschland die Pandemie bisher vergleichsweise gut überstanden hat, liegt sicher auch daran, dass die Bundesregierung den Empfehlungen der Virolog*innen weitestgehend gefolgt ist. Vielleicht wäre das auch für die ewigen Skeptiker Anlass genug, in anderen Bereichen endlich auf die Wissenschaft zu hören? Die ist sich immerhin schon seit 30 Jahren einig, dass wir dringend deutlich mehr gegen die Klimakatastrophe tun müssen. Denn auch wenn durch Covid-19 die CO2-Emissionen drastisch gesunken sind und Luft und Gewässer so sauber sind wie seit Jahrzehnten nicht mehr, ist das nur eine kurzfristige Momentaufnahme. Eine Aufnahme, die auch dank des ökologisch suboptimalen Konjunkturprogramms schnell wieder vergessen sein wird. Langfristig hilft es nur, Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik als absolut gleichrangig anzusehen – und nicht Agrar-, Luftverkehrs- und Automobillobby mit untertäniger Kuschhand zu bedienen. In Berlin sind wir zumindest bei der Verkehrswende dank Corona einen großen Schritt weitergekommen. Über 20 km neue Radwege sind in diesem Jahr schon entstanden – doch dazu mehr auf den folgenden Seiten.

Von Johannes Frericks,
Redaktion



WIR SCHALTEN UM

POLITISCHE ARBEIT IN ZEITEN VON CORONA

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor große Herausforderungen. Das gilt natürlich auch für die politische Arbeit, die sich in diesen ungewöhnlichen Zeiten völlig neu erfinden muss. Bündnis 90/Die Grünen haben sich kopfüber in diese Aufgabe gestürzt und das Parteileben von heute auf morgen komplett umgekrempelt.

Obwohl wir unsere Kontakte einschränken und nach Möglichkeit zu Hause bleiben, steht die politische Arbeit keineswegs still. Innerhalb kürzester Zeit haben unsere Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften ihre Treffen auf digital umgestellt. Bezirksgruppensitzungen, Fachgespräche, Gremien – alles findet nun über Videokonferenzen statt. Während so manche Mitglieder vor ein paar Wochen nicht mal wussten, dass ihr Laptop eine Webcam besitzt, haben sie sich mittlerweile zu echten Webinar-Expert*innen entwickelt. Tausende Grüne sitzen jede Woche vor ihren Kameras und diskutieren gemeinsam über Berliner Politik.

Und das politische Interesse ist groß. Zum ersten digitalen Länderrat des Bundesverbands schalteten sich 30.000 Menschen zu. Auch unser erster kleiner Parteitag im digitalen Raum war ein voller Erfolg. Bis zum Schluss waren rund 250 Delegierte und Interessierte mit dabei und stellten Fragen rund um unseren Programmprozess. Auch der gesamte Prozess für unser Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2021 wird digital stattfinden, seien es die Treffen der Facharbeitsgruppen, die Gespräche mit der Stadtgesellschaft und auch ein Kongress mit allen Mitgliedern.



Eine Herausforderung sind derzeit noch Gremien mit Wahlen, da sichergestellt sein muss, dass die Mandatsprüfung gewährleistet ist, es also zum Beispiel keine doppelten Abstimmungen gibt. Hier werden wir bis zur Landesdelegiertenkonferenz im Winter eine Lösung erarbeiten.

Neben der parteiinternen politischen Arbeit beteiligen sich außerdem Bündnisgrüne in ganz Deutschland an digitalen Formen des Protests, zum Beispiel am globalen Klimastreik im Mai, bei dem Fridays For Future in einer großartigen Aktion Plakate sammelte, und dann vor dem Bundestag auslegte. Die aktuelle Situation erfordert Kreativität – und unsere vielen grünen Mitstreiter*innen zeigen mit ihrem Engagement jeden Tag, dass sie dafür genau die richtigen sind.

Wir alle stehen in der Verantwortung, die weitere Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern oder zumindest zu verzögern, um Krankenhäuser zu entlasten und Menschenleben zu schützen. Nur weil wir uns nicht mehr in der Kneipe auf ein Bier treffen können, heißt das aber nicht, dass wir alle allein in unseren Wohnungen vereinsamen müssen. Vernetzt euch digital, macht Videokonferenzen, beteiligt euch an Online-Debatten, bringt euch politisch ein. Gemeinsam stehen wir auch diese Krise durch.

Von Nina Stahr und Werner Graf,
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin

NEUE WEGE FÜR DAS RAD



-30 %

Es tut sich was auf Berlins Straßen. Schon im ersten Jahr seit der Verabschiedung des Mobilitätsgesetzes in 2018 wurden zahlreiche Pläne umgesetzt, die dem Radverkehr mehr Raum geben und so das Radfahren sicherer machen. Und seit Corona geht alles noch viel schneller. Der Shutdown hat den Autoverkehr in Berlin zeitweilig um bis zu 30 % reduziert, die Senatsverwaltung und die Bezirke haben auf die neuen Anforderungen zügig reagiert. Allein im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sind in den Monaten April und Mai über 11 km neuer Radwege, sogenannter Pop-up-Bike-Lanes, entstanden. Berlinweit wurden rund 27 km umgesetzt, oder stehen kurz davor. Bis Ende des Jahres könnten es gar 50 km werden.

Ende Mai, Ortstermin in der Frankfurter Allee. Auch hier entsteht, stadteinwärts auf Höhe des Samariterkiez', ein neuer temporärer Radstreifen auf der Fahrbahn. »Temporär meint aber nur, das wir zunächst mit mobilen Absperrungen arbeiten. Das wird bleiben.« erklärt die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann. »Gerade jetzt, wo der Autoverkehr allmählich wieder hochfährt, wird die Notwendigkeit offensichtlich, die Radfahrenden zu schützen.« Und Olaf Rabe, zuständig für die Straßen im bezirklichen Grünflächenamt ergänzt: »Die Kreuzung an der Proskauer Straße ist durch rechts abbiegende Autofahrer*innen ein Unfallschwerpunkt. Die Poller werden mittelfristig dauerhaft eingebaut.«

Schon im April ging es los, auf anderen bis dahin viel befahrenen Verkehrsadern, Gitschiner und Petersburger Straße, dann kam der Kottbusser Damm hinzu. Verantwortlich im Bezirk ist Felix Weisbrich, und er ist seither ein viel gefragter Mann. »Ganz einfach war das zu Beginn nicht, wir mussten auch Fahrzeuge umsetzen. Wir haben alles erlebt, von wütendem Protest bis hin zu begeistertem Staunen.«

Aber es wurde niemand überrumpelt, es wird lediglich beschleunigt umgesetzt, was in den Bezirken oder in der Senatsverwaltung – nach ausführlicher und zum Teil kontroverser Diskussion – beschlossen wurde. Und die Abstandsregeln haben das gequetschte Nebeneinander auf den alten Schmalspurbahnen endgültig verboten, die »vor allem den Sinn hatten, den Autoverkehr nicht zu stören« (Monika Herrmann).



+ 27 km
RADWEG

Friedrichshain-Kreuzberg hat da deutlich die Nase vorn, aber ganz Berlin macht mit. »Über eine Pop-up-Bike-Lane in der Müllerstraße in Mitte laufen Gespräche zwischen Senat und Bezirk. Und in Charlottenburg wurden gut 7 km in der Kant- und Neuen Kantstraße nach anfänglichen Schwierigkeiten inzwischen umgesetzt. Natürlich gibt es auch Kritik etwa von Interessengruppen wie dem ADAC, teils auch aus Sorge um den Wirtschaftsverkehr. Aber der Zuspruch überwiegt eindeutig, die Verkehrswende ist in vollem Gange, und wir stehen in der Diskussion ganz anders da als noch vor

wenigen Jahren.« sagt Jan Thomsen, Pressesprecher in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. »Bis zum Ende der Legislatur 2021 wollen wir und die Bezirke etliche der provisorischen Pop-ups in dauerhafte, gute Radwege umgewandelt haben.« Dabei gibt es viel Austausch mit Verbänden wie dem ADFC oder NGOs wie Changing Cities, die alle zugleich in dem neu gegründeten Beratungsgremium »FahrRat« vertreten sind.

Auch in anderen Städten in Deutschland wie Frankfurt oder München ist Bewegung in die Sache gekommen. Und weltweit sind es Städte wie Bogotá in Kolumbien, Brüssel oder Mailand, die die Zeichen der Zeit erkannt haben. In Paris hat Bürgermeisterin Anne Hidalgo sogar die »Vélorution« ausgerufen und zieht ein Netz von Radschnellwegen durch die Stadt, wie sie auch für Berlin geplant sind.

Morgens in der Frankfurter Allee: Trotz der frühen Stunde sind Anwohner*innen mit Blumen für die Straßenarbeiter*innen und die Bezirksbürgermeisterin gekommen. »Wenn man nur will, dann geht es eben schneller.« sagt sie und blickt herausfordernd in die Runde. »Und das gilt für vieles in Berlin!«

Von Henry Arnold

HANAU UND KEIN ENDE

Vier Monate. Vier Monate ist es her, dass neun Personen aus rassistischen Motiven in Hanau ermordet wurden. Vier Monate – und keine Konsequenzen. Im Gegenteil: aufgrund von Corona stieg die Zahl rassistischer, insbesondere antisiasiatischer Vorfälle, auf sogenannten »Hygienedemos« scheinen so manche bürgerlichen Demonstrant*innen nichts dagegen zu haben, den Raum mit offenen Neonazis und Rassisten zu teilen und Ehren- und Denkmale in der Stadt werden mit antisemitischen, geschichtsrevisionistischen und rassistischen Parolen beschriftet. Und die ersten Reaktionen nach dem Tod des US-Amerikaners George Floyd bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis ließen glauben, dass in Deutschland vergleichbares nie möglich wäre. Als ob es nie den Fall Oury Jalloh oder die anderen 193 dokumentierten Todesfälle in Gewahrsam verursacht durch Polizei und Wachpersonal gegeben hätte.

Hätten (post-)migrantische Antifaschist*innen die Stadt nicht mit den Gesichtern der Opfer von Hanau plakatiert, wären sie doch schon längst in Vergessenheit geraten. Hanau, das sollte eine Zäsur sein, doch daraus wurde ... nichts.

Und natürlich, Hanau ist weit weg, Minneapolis noch weiter, und die durch den neuartigen Corona-Virus losgetretene Krise hat alle in Unsicherheit gestürzt – doch wenn selbst ein so brutaler Mordanschlag wie in Hessen, ein Tabubruch wie in Thüringen, eine Terrorattacke wie in Halle, Eskalationen wie in den USA und all die weiteren Vorfälle der letzten zwölf Monate uns nicht zum Nachdenken, zum Umdenken bringen, was dann? Noch viel zu oft heißt es seitens der Polizei oder Journalist*innen »Fremdenfeindlichkeit«, wo Rassismus stehen müsste. Für manche ist das bloß Semantik, doch für Betroffene zeigt sich in dieser kleinen Frage das ganze Drama der Debatte: Wir, Menschen mit (zugeschriebener) Migrationsgeschichte, wir werden als Fremde gesehen. Es ist egal, wie lange wir schon hier sind, es ist egal, was wir leisten, wie sehr wir uns, um das Lieblingswort so mancher Politiker*innen zu nutzen, »integrieren« – nichts davon ändert etwas daran, dass unser Zuhause niemals unsere Heimat sein wird in den Augen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft.

Ich war zwei, als Amadeu Antonio ermordet wurde, drei als der Mob in Rostock-Lichtenhagen ein Haus stürmte, vier als in Solingen Menschen in ihrem eigenen Haus verbrannten. Wie antwortete die Gesellschaft auf diese und all die anderen Taten? Mit Menschen- und Lichterketten. Und mit einer Verschärfung des Asylrechts als Belohnung für die Mörder. Zusätzlich wurde Rassismus als gesellschaftliches Problem auf Ostdeutschland geschoben, während Westdeutschland sich als überlegen präsentieren konnte.

Natürlich hat Ostdeutschland ein Rassismusproblem. Ein großes sogar, wie es der Diskurs um die Baseballschlägerjahre vergangenes Jahr sehr deutlich gemacht hat. Doch Westdeutschland ist ebenfalls nicht frei von Schuld: Bis 1980 wurden Opfer rechtsterroristischer Gewalt nicht einheitlich erfasst. Es gibt rudimentäre Zahlen, aber heute geht man davon aus, dass die Dunkelziffer sehr viel höher liegt. Erst in den Achtzigerjahren, genauer mit dem Oktoberfestattentat 1980, fiel überhaupt ein Augenmerk auf Rechtsterrorismus. Schon vorher mussten Menschen sterben. In Hamburg. In Erlangen. In Gündelbach, Norderstedt, Hannover, und ja, auch in Berlin, unserem so offenen, so vielfältigen Berlin. Rechtsradikale Motorradclubs, organisierte Gruppen, und immer wieder »verwirrte Einzeltäter«, die ausrasteten und ihre Nachbar*innen töteten, nicht ohne rassistische Sprüche dabei zu schreien. Sie waren überall.

Ich hatte Glück, mir blieben offene Anfeindungen größtenteils erspart, von denen so viele andere BPoC berichten. Die kleinen Nadelstiche aber, die kamen täglich. Gerne im Gewand eines Kompliments. Eine bis heute nicht verheilte Wunde fügte mir eine vermeintliche Freundin zu: »Wenn man dich am Telefon hört, glaubt man gar nicht, dass du ein Ausländer bist.« Sie war selbst als Kind deutscher Hippies in Griechenland aufgewachsen und erst seit wenigen Wochen in Deutschland. Aber »Ausländer«, das war ich. Nicht sie. Niemals sie.

Ich kann sie fast verstehen, denn sie war ja nicht gemeint auf den Plakaten, die uns auf den Straßen entgegengeschrien. »Das Boot ist voll!« stand da auf rotem Grund, oder »Gute Heimreise!«, nebst einer Karikatur von Menschen, die auf einem Teppich saßen, wie wir sie auch zuhause hatten. Wir versuchten über sie zu lachen, doch die Nadelstiche trafen trotzdem. Du gehörst nicht dazu, nicht so richtig, nicht ganz. Auch der deutsche Pass, den ich als in Deutschland geborene Person erst in meinen Teenagerjahren bekam, änderte nichts daran. In Hessen wurden zu dieser Zeit Unterschriften gesammelt, gegen den Doppelpass. Gegen Menschen wie mich. Zu den Bürger*innenversammlungen, so erinnern sich Anwesende, kamen Menschen, die fragten: »Wo kann ich gegen die Ausländer unterschreiben?«

Doch nicht nur offener Hass ist ein Problem: das »white supremacist capitalist patriarchy«, von dem bell hooks schrieb, steckt auch in jenen drin, die es gut meinen. Sie würden Hautfarben nicht mehr sehen, sagen sie, und damit verschließen sie ihre Augen auch vor den Realitäten der Welt. Vor der Diskriminierung und der Gefahr, die uns entgegenschlägt. Sie dürfen vergessen, dass jedes Wort von Alexander Gauland, jedes Plakat der AfD auch mich und meine Familie meint. Kein Pass, kein Titel, kein Kapital, keine Errungenschaft schützt uns davor, immer wieder als die Fremden gesehen zu werden.

Ich muss nicht regelmäßig in Shishabars gehen, um die Nachricht des Terroristen aus Hanau und all jener, die seinen Hass fütterten, zu verstehen. Ich weiß, dass jeder Ort, an dem ich mir erlaube, meine Community zu treffen und Kraft zu schöpfen für die nächsten Tage in dieser Gesellschaft, die mich immer argwöhnisch betrachten wird, ein Angriffsziel sein kann. Denn es kommt immer näher, immer öfter. Vermeintlich kultivierte Worte umkleiden den Rassismus, betreiben Täter-Opfer-Umkehr. Und die Konsequenz? Die Konsequenz war Hanau. Und es nimmt kein Ende.

Eine längere Version dieses Beitrags erschien zuerst im Spex Magazin im Februar 2020.

Von Aida Baghernejad



© mike | unsplash



EINE GANZ NORMALE KLASSE

MUSIKTHEATERSTÜCK ZUM THEMA KINDERRECHTE

Die Schöneberger Jugendfreizeiteinrichtung »Weisse Rose« ist vollgepackt, als das Jugendensemble »Klartext« die Bühne betritt. Dicht gedrängt lauschen die Zuschauer*innen gespannt ihrer Inszenierung von »Eine ganz normale Klasse!« Das Stück handelt von Kinderrechten, wie wichtig sie sind – und wie wenig sie eine Rolle spielen. »Eine Kinderrechtskonvention ist erstmal nur Papier...Altpapier! Solange ihr euch nicht dafür einsetzt, dass sie umgesetzt wird«, rufen die Kids von der Bühne dem Publikum zu. Doch nicht nur Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention werden dramaturgisch auf die Bretter gebracht, die jugendlichen Schauspieler behandeln auch Themen wie Alkohol, Gewalt in den Familien, Zwangsheirat, rücksichtsloser Leistungsdruck oder Geld zum Shoppen statt echter Zuwendung. Auf beeindruckende Weise, worin sich die vielen Gäste an diesem Abend einig zu sein scheinen.

Amelie, Andrea, Anna, Carla, Hannah, Eric, Patrice, Thadek und Anton singen in der ganz normalen Klasse frei nach Fridays for Future:

»Ohne Rücksicht auf uns Kinder /
wird die ganze Welt von euch zerstört, die in
Zukunft doch nicht euch /
sondern ganz klar uns gehört.
Wir haben die Nase gestrichen voll /
von Machtgier und Moneten, Wir haben Rechte
und fordern sie ein /
für uns und unsern Planeten.«

Autor Thomas Ahrens, Komponist Robert Neumann, Theaterpädagogin Laura Cadio, Choreografin Miriam Arndt

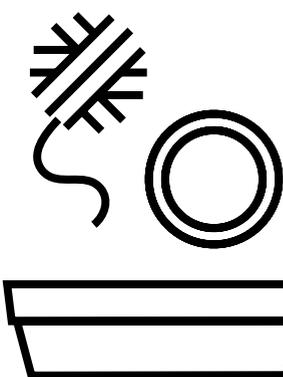
»Es ist so wichtig Kinder über Theater, Hörspiel oder andere Medien anzusprechen. Auf spielerische und spannende Art und Weise erfahren sie mehr über das Thema Kinderrechte und wir erreichen sie viel besser«, sagt Claudia Balko.

Dennoch seien sie vom Publikumsansturm überrascht worden, geben Wendy Kamp (Regie) und Claudia Balko (Dramaturgie) zu. Die beiden Berliner Schauspielerinnen leiten das Projekt, das auf eine Initiative des bündnisgrünen Stadtrat in Charlottenburg-Wilmersdorf, Oliver Schruoffenegger, zurückgeht. Dieser hatte die beiden Schauspielerinnen 2017 gebeten, für Schulen zum Thema Kinderrechte musiktheaterpädagogische Projekte zu entwickeln. Daraus ist schließlich »Eine ganz normale Klasse« entstanden. Das Projekt kooperiert mit UNICEF, und in der Zukunft sind bereits weitere gemeinsame Veranstaltungen geplant. Außerdem wurde eine Hörbuch-Ausgabe des Stückes produziert, um auch in der aktuellen Situation Kinder erreichen zu können. Die Idee stammt von Lidia Perico, die im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung und internationale Projekte leitet und so auch die Verbreitung des Hörbuchs über die digitalen Kanäle des Bezirks bewirken konnte.

Von Wolfgang Schmidt

KÜHLES NASS

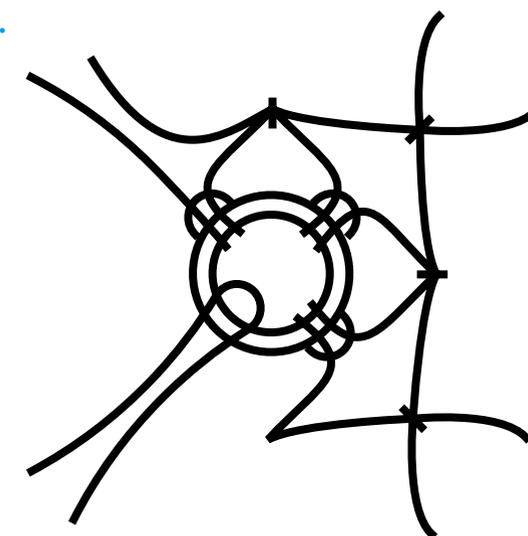
WASSERANGEBOT FÜR VÖGEL



Material

1. **Terrakotta-Untersetzer** oder Suppenschüssel (2,5 – 10 cm tief, möglichst flach und breit)
2. **Baumwoll- oder Juteseil** (2–5 mm Durchmesser, Länge je nach Höhe der Aufhängung)
3. **Metall- oder Holzring**
4. **rauer Stein**
5. **Holzperlen zur Deko** (optional)

Unter der glühenden Hitze leiden nicht nur wir Menschen: Zeit um Tier- und Pflanzenwelt zu unterstützen.



DIE AUFHÄNGUNG

Das Seil in vier gleich lange Teile schneiden. Mittig falten und das gefaltete Ende durch den Ring stecken, die losen Enden durch die entstandene Schlinge stecken.

Die offenen Schnur-Enden hängen nun runter. Erste Reihe Knoten bei ca. der Hälfte der Seile machen, immer zwei Seile auf gleicher Höhe miteinander verknöten. Es sind nun vier Knoten entstanden.

Im nächsten Schritt werden die Seile etwa acht Zentimeter unter den bereits bestehenden Knoten verknöten. Diesmal werden jeweils die Seile verbunden, die vorher nicht verbunden waren. Ein Zick-Zack Muster entsteht.

GEFÄSS IN DIE HÄNGUNG LEGEN

Schale anhalten und alle Seile so miteinander verknöten, dass der Topf gut sitzt.

STEIN ALS HILFESTELLUNG

Einen rauen Stein in die Schale legen, damit Vögel schnell rauskommen.



VIDEO



Quelle: www.nabu.de

#LEAVE NO ONE BEHIND

AN DEN AUSSENGRENZEN DROHT EUROPA ZU STERBEN

Seit 2015 war ich regelmäßig auf Lesbos, doch so viele Menschen wie bei meinem letzten Besuch im Februar waren noch nie im Camp Moria. Zwei Monate blieb ich dort. Gewalttätige Proteste, rassistische Übergriffe, Erdogans Grenzöffnung, Europas martialische kaltherzige Reaktion und Corona-Pandemie – das waren ereignisreiche Wochen, aber das Leid der Menschen in den Lagern ist nicht Neues für die Insel. Schutzsuchende, darunter viele Kinder, werden unter unwürdigen Bedingungen zusammengepfercht. Moria ist ein Lager, in dem nicht nur die Menschen ihre Würde verlieren die dort leben müssen. Auch die EU verliert ihre Würde, weil sie so mit Schutzsuchenden umgeht.

Als ich auf Lesbos war, begann das Corona-Virus sich in Europa auszubreiten. In Moria kann man sich kaum die Hände waschen, geschweige denn Social Distancing betreiben. Es hätte viele Möglichkeiten gegeben die Lage schnell und effektiv zu verbessern, doch sie wurden nicht genutzt. Als Politiker habe für eine Verbesserung der Lage gekämpft. Wenn aber Mitgliedstaaten, in diesem Fall die griechische Regierung, nicht mitspielen, dann sind meine Möglichkeiten als Europa-abgeordneter beschränkt.

Um mehr Aufmerksamkeit auf die Lage zu richten und Unterstützung zu sammeln, kam uns die Idee eine Kampagne zu starten. Wir haben Leave No One Behind ins Leben gerufen, um Druck auf die Entscheidungsträger*innen auszuüben und konkret Hilfe vor Ort zu leisten. Die Initiative soll Bürger*innen aus ganz Europa dazu bewegen, in der Coronakrise zusammenzustehen und sich für jene einzusetzen, die unsere Solidarität brauchen.

Angesichts der Herausforderung, vor der wir stehen, brauchen wir viele Zeichen der Solidarität. Kleingeistigkeit oder Egoismus können nicht den Weg weisen.

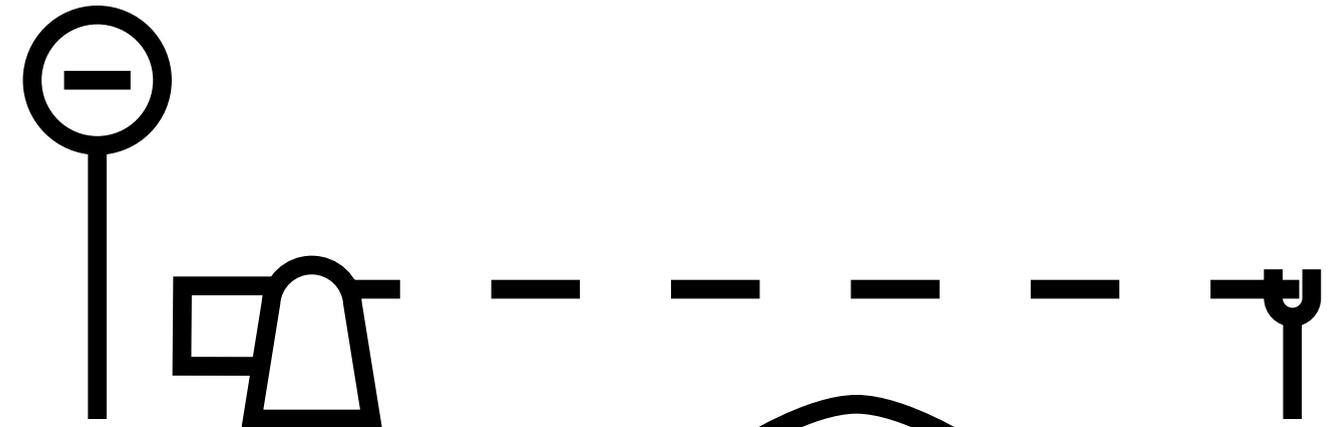
FÜR EIN SOLIDARISCHES ASYLSYSTEM IN EUROPA

Wir brauchen stattdessen schnelle, faire und geordnete Verfahren an den EU-Außengrenzen. Damit wir zukünftig solche Situationen an den europäischen Außengrenzen verhindern können, haben wir Grüne im europäischen Parlament ein Konzept für eine solidarische europäische Geflüchtetenpolitik erarbeitet, das die Bedürfnisse und Menschenrechte von Schutzsuchenden in ihr Zentrum stellt.

Wir setzen uns für ein System ein, in dem Geflüchtete in offenen Zentren in einer gemeinsamen europäischen Datenbank registriert und dann schnell an die Mitgliedstaaten verteilt werden. Bei der Registrierung durchlaufen die Menschen Sicherheitschecks und werden angehört, um spezifische Bedürfnisse zu ermitteln und den Aufnahme-Mitgliedstaat zu bestimmen. Die persönlichen Verbindungen und Präferenzen der Asylsuchenden sollen bei der Verteilung berücksichtigt werden.

Wenn eine Person nach Deutschland möchte, weil sie dort Familienangehörige hat oder nach Frankreich, weil sie Französisch spricht, dann soll das berücksichtigt werden. Eine EU-Agentur für Asylfragen sollte für die endgültige Entscheidung über die Verteilung auf andere Mitgliedstaaten und die Verwaltung des Verteilmechanismus zuständig sein.

Die Verteilung der Asylsuchenden soll nicht weiter auf dem Prinzip der Ersteinreise basieren, bei dem immer der Staat für Asylverfahren zuständig ist, in dem die Menschen das erste Mal europäischen Boden betreten. Dieses System ist gescheitert und hat zu der desolaten Situation an den Außengrenzen beigetragen.



FREIWILLIGE UND VERPFLICHTENDE SOLIDARITÄT

Um Asylsuchende gerecht zu verteilen, möchten wir ein zweistufiges System mit positiven Anreizen zur Stärkung der Solidarität schaffen.

Die erste Stufe beruht auf freiwilliger Solidarität. Sie stützt sich auf die Bereitschaft von Städten und Regionen, Geflüchtete aufzunehmen. Alleine in Deutschland haben sich über 150 Städte, Gemeinden und Kommunen zu Sicheren Häfen erklärt. Die EU soll eine solche Aufnahmebereitschaft durch die Übernahme von Kosten weiter fördern.

Die zweite Stufe beruht auf verpflichtender Solidarität von allen EU-Mitgliedstaaten: Falls die freiwillige Aufnahme an ihre Grenzen gerät, schaffen die Mitgliedstaaten neue Aufnahmeplätze oder leisten einen finanziellen Beitrag zu den Gesamtkosten für die Aufnahme. Falls auch das nicht ausreicht, löst die EU-Kommission mit einer Gelben Karte ein Warnsystem aus und ergreift, wenn nötig, weitere Maßnahmen. Die Kommission sorgt außerdem mit einem transparenten Überwachungsmechanismus dafür, dass sich alle Mitgliedstaaten an die Abmachungen halten und Asylsuchende überall anständige Bedingungen nach gemeinsamen Mindeststandards vorfinden.

Wir möchten, dass alle Staaten ihren Teil solidarisch beitragen und Geflüchtete aufnehmen, wir wissen aber auch, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse in Staaten wie Ungarn oder Polen das derzeit nicht hergeben.



WER NICHT HELFEN WILL, MUSS ZAHLEN

Deswegen brauchen wir jetzt ein Asylsystem, das Solidarität belohnt und fördert und nicht bestraft. Die Zeiten, in denen sich Staaten dafür schämen, dass sie Menschen in Not helfen, müssen vorbei sein. Die Europäischen Werte werden abgeschafft, wenn es sich für EU-Mitglieder weiterhin lohnt, jede Solidarität zu verweigern. Wer Geflüchtete aufnehmen will, muss unterstützt werden. Wer Geflüchtete nicht aufnehmen möchte, der muss dann wenigstens finanziell Hilfe leisten.

Von Erik Marquardt, MdEP

OB STADT, LAND ODER KRISE:

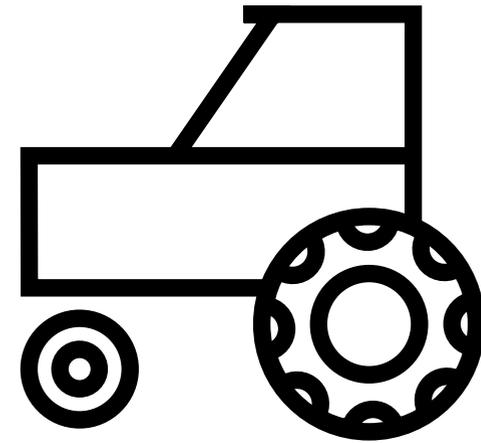
GRÜN WIRKT IN BRANDENBURG

Ein halbes Jahr nach dem Eintritt in die rot-schwarz-grüne Landesregierung arbeiten die Brandenburger Bündnisgrünen mit Kraft und Leidenschaft an entscheidenden Herausforderungen: Dem Kampf gegen die Klimakrise, der Bewältigung der Corona-Pandemie, und einem innovativen, mutigen, nachhaltigen Neustart danach. Bündnisgrün nimmt dabei Schlüsselpositionen ein und kann gestalten.

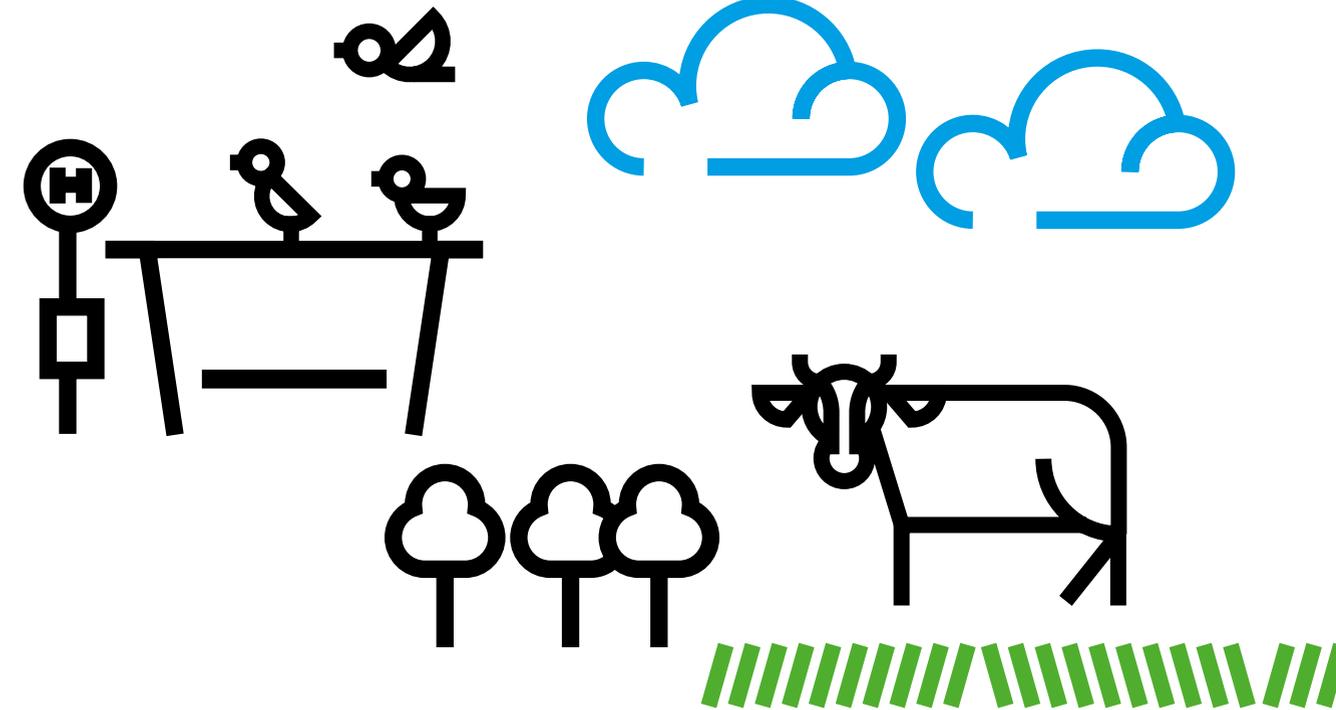
Grünes Krisenmanagement wirkt. Für Beweise und Anschauungsmaterial genügt ein Blick nach Brandenburg. Mit dem Eintritt in die Landesregierung im November 2019 sicherten sich Bündnis 90/Die Grünen zwei Ministerien: Unter bündnisgrüner Leitung nimmt der Klimaschutz im Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz eine weit größere Rolle ein. Das zeigt sich nicht nur am »K« im neuen Namen »MLUK«. Unser zweites Haus, das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV), entspricht einer weiteren Kernkompetenz der Brandenburger Bündnisgrünen: Gesundheitsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin ist Ursula Nonnemacher, langjährige Fraktionsvorsitzende, Ärztin, eine versierte Gesundheitsexpertin durch und durch. »Die richtige Frau für den richtigen Job«, titelten Medien im Land sinngemäß.

Wie wahr dieses Lob ist, wird seit Ausbruch der Corona-Pandemie Tag für Tag deutlich. Seitdem steuert die bündnisgrüne Gesundheitsministerin Brandenburgs durch die Corona-Pandemie. Sie gibt Sicherheit durch ihre ruhige, klare und direkte Art, führt mit Fachwissen, Weitsicht und Augenmaß.

»Die richtigen Leute, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort« bringt bündnisgrüne Regierungsbeteiligung in Brandenburg auf den Punkt. Und gilt gleichermaßen für Umwelt- Klima- und Landwirtschaftsminister Axel Vogel. Vom nachhaltigen Umbau der landwirtschaftlichen Strukturen, über den Erhalt der Biodiversität und den Schutz von Wasser, Moor und Wald, bis hin zur Planung und Umsetzung landespolitischer Maßnahmen für den Klimaschutz: Die Herausforderungen vor Ort kennt Axel Vogel gut, seit er nach der Wende ins Umweltamt des Landes kam. Sein enormes Fachwissen und sein gewaltiger Erfahrungsschatz bringen neue Tiefe in das Ministerium.



**BRANDENBURG
ERNEUERN,
ES ÖKOLOGISCH,
SOZIAL UND
WELTOFFEN
FAIRWANDELN.**



Die junge Regierungsbeteiligung in Brandenburg wird von erfolgreichem Krisenmanagement geprägt, doch es geht uns um viel mehr. Die Herausforderungen für die Zukunft unseres Bundeslands machen in der Corona-Pandemie keine Pause, und wir ebenfalls nicht. Wir sind mit einem klaren Anspruch in die Landesregierung eingetreten: Brandenburg zu erneuern, es ökologisch, sozial und weltoffen zu fairwandeln. Das bedeutet, in zahlreichen Bereichen tiefgreifenden Wandel anzustoßen, zum Umdenken einzuladen und die Weichen für neue Dynamiken zu stellen. Die grüne Handschrift durchzieht den Koalitionsvertrag. Mit uns wird es im ehemaligen Braunkohlereich Brandenburg keine neuen Tagebaue und keine Tagebauerweiterungen geben. Wir gestalten den Strukturwandel in der Lausitz und kämpfen für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Wir investieren deutlich in ÖPNV und Radverkehr. Mobilität ohne Auto soll auch in unserem von ländlichen Räumen geprägten Flächenland bequem möglich sein. Den Anteil der ökologischen Landwirtschaft wollen wir erhöhen, um auch den Berliner Markt mit wesentlich mehr regionalen, saisonalen und biologischen Lebensmitteln zu versorgen, entsprechend dem stetig wachsenden Bedarf.

In den ersten Monaten konnten wir viel bewegen. Wir haben einen Pakt für Pflege auf den Weg gebracht und die Investitionsförderung des Landes für Krankenhäuser stark erhöht. Der Grundstein für einen Landesklimaschutzplan wurde gelegt. Im Juli tagte erstmals der neue Kulturlandschaftsbeirat, in dem Landnutzer*innen und Umweltverbände gemeinsam über Wege zu einer nachhaltigen Landnutzung beraten. Mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit, Vorschläge für ein agrarstrukturelles Leitbild einzubringen, wurde der Startschuss für den Stopp von Landgrabbing durch ein Agrarstrukturgesetz gegeben.

Als nächstes gilt es, den Neustart nach der Corona-Pandemie nachhaltig zu gestalten. Dafür haben wir ein Transformationsprogramm für Brandenburg mit konkreten Ideen für einen nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft entwickelt. Bei allen Vorhaben gilt dabei der Grundsatz: Wo öffentliche Gelder vergeben werden, muss dies an klare ökologische und soziale Kriterien gekoppelt sein. Auf Kinder und deren Familien achten wir besonders. Ein »weiter so« darf es nicht geben. Als Regierungspartei werden wir Brandenburger Bündnisgrünen auf die richtigen Weichenstellungen pochen.

Von Julia Schmidt und Alexandra Pichl,
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

DIE ZUKUNFT RUFT NACH UNS

BERLIN BRAUCHT EIN GRÜNES PROGRAMM FÜR MORGEN

Berlin steht an einem Scheideweg. Die Folgen der Corona-Pandemie werden uns noch lange beschäftigen. Aber wir können aus dieser Krise lernen und sie gemeinsam als ganze Stadt meistern. Wir haben in der Hand, wie unsere Zukunft aussieht. Denn der Moment, in dem sich die Zukunft entscheidet, ist jetzt.

Das gilt nicht nur für die Corona-Krise. Auch die Klimakrise und ihre anhaltenden Hitze- und Trockenperioden erzwingen radikal vernünftiges Handeln – in der Verkehrs-, Energie- und Ernährungspolitik. Steigende Mieten stellen unsere Stadt ebenso vor große Herausforderungen wie der Erzieher*innen- und Lehrer*innenmangel, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich oder rassistische Diskriminierung, Hass und Hetze. Herausforderungen, die in allen Bezirken, Kiezen und Rathäusern frischen Wind und neue Lösungen erfordern.

Für uns ist klar:

Wir denken über die eine Krise hinaus und planen heute schon für morgen. Denn der Moment, in dem sich die Zukunft entscheidet, ist jetzt. Deshalb haben wir im Mai den Programmprozess für unser grünes Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2021 gestartet. Wir wollen Berlin gestalten und sozial-ökologisch umbauen. Wir wollen auf all die großen Fragen, die Berlin umtreiben, Antworten geben – für eine lebens- und liebenswerte Stadt.

Gemeinsam mit Euch, mit unseren Mitgliedern und mit der Stadtgesellschaft wollen wir eine Vision für unsere Zukunft entwickeln und konkrete Schritte angehen. Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, wie genau es nach der akuten Corona-Krise weitergehen wird. Diese Unsicherheit löst Ängste, Sorgen und Konflikte aus. Aber sie spornt auch an und setzt neue Kräfte frei. Gemeinsam können wir Berlin erneuern und damit das erhalten, was wir an unserer Stadt lieben.

2016 haben wir Regierungsverantwortung in Berlin übernommen und mit dem Umbau der Stadt begonnen. Über Jahrzehnte wurde hier die »autogerechte Stadt« in Beton gegossen, nun ist die Verkehrswende eingeleitet. Überall entstehen Fahrradwege, mit Autos verstopfte Kieze werden langsam zu neuen Lebensräumen. Über Jahre waren die Mieter*innen dieser Stadt der Politik egal, landeseigene Wohnungen wurden verscherbelt. Heute tun wir das Gegenteil. Gemeinsam mit den Mieter*innen kämpfen wir um jedes Haus, kaufen Wohnungen an, stärken den Neubau und haben die Mieten gedeckelt. Wir haben das »Ausländeramt« zum »Einwanderungsamt« gemacht, haben Kohlekraftwerke abgeschaltet und



WERNER GRAF
Landesvorsitzender
Bündnis 90/Die
Grünen Berlin



NINA STAHR
Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin

viel Geld investiert, um die Schulen zu sanieren. Wir haben wieder Menschen in den Ämtern eingestellt und hunderte U-Bahnwagen und Elektrobusse für die BVG geordert.

Jahrzehntelang wurde Berlin kaputtgespart und zubetoniert. Diese Versäumnisse lassen sich nur mühsam beheben. Aber die Wende haben wir eingeleitet. Wir erhalten und schaffen neue Freiräume für die Wirtschaft, für die Kultur, für die Freigeister dieser Stadt und für das Leben. Die Natur kehrt zurück in die Stadt, Bäume wachsen, Dächer ergünen. Über 100.000 neue Jobs sind entstanden und in unserer Stadt gilt heute der bundesweit höchste Mindestlohn. Menschen finden langsam wieder Vertrauen in die Sicherheit ihres Zuhauses.

Berlin hat einen neuen Weg eingeschlagen. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Wir haben in den letzten vier Jahren radikal neu gedacht, vernünftig gehandelt und viele Weichen zum Besseren gestellt. Mit der gleichen Klarheit und Entschlossenheit wollen wir auch die Corona-Krise bewältigen und Berlin mit einem starken grünen Programm weiter voranbringen.

**Die Zukunft ruft nach uns.
Lasst uns gemeinsam antworten!**

ZEIT FÜR EURE IDEEN!

MACHT MIT BEIM GRÜNEN WAHLPROGRAMM

01

Visionen 2050

Eine Vision zielt auf die langfristigen Ziele unserer Politik und Reformvorschläge. Wie kann Berlin in knapp 30 Jahren aussehen und was braucht es dafür, um die Stadt besser zu machen? [max. 3000 Zeichen]

Wir sind überzeugt:

Je mehr Perspektiven in unser Wahlprogramm einfließen, desto stärker wird es! Alle Mitglieder des Berliner Landesverbands haben deshalb die Möglichkeit, sich aktiv in den Programmprozess einzubringen und ihre Vorschläge für unser Wahlprogramm im Grünen Netz einzustellen.

Diese Vorschläge sind dann für alle Mitglieder einsehbar und können kommentiert werden. Sie fließen zudem als Anregungen in den ersten Programmentwurf ein. Dieser Entwurf wird in den nächsten Monaten von Redaktionsteam und Landesvorstand ausgearbeitet und vorgelegt.

Ihr könnt eure fachpolitischen Programmvorschläge in drei Bereichen einreichen:

02

Meilensteine 2035

Auf dem Weg zu dieser Vision müssen wir jedoch in den nächsten Jahren bestimmte Meilensteine aufstellen. Welche sind das? Umreißt bis zu drei Meilensteine in einem Politikfeld, die Grüne bis 2035 umsetzen sollten. [max. 1250 Zeichen]

03

Maßnahmen 2026

Politische Meilensteine müssen auch erreichbar sein. Deshalb bitten wir Euch auch um Ideen, wie bestimmte Ziele in der nächsten Wahlperiode in einem konkreten Politikfeld erreicht werden. Welche Maßnahmen sollten Grüne im nächsten Senat auf den Weg bringen? [max. 5000 Zeichen]

Ihr könnt entscheiden, ob Ihr in allen drei Bereichen oder nur in ein oder zwei Bereichen eure Vorschläge einreicht. **Wichtig ist, dass Ihr euren Vorschlag einer der elf Facharbeitsgruppen zuordnet.**

Wer?

Alle Mitglieder von Bündnis 90/ Die Grünen Berlin können sich beteiligen. Ein Vorschlag braucht mindestens 20 Unterstützer*innen, davon müssen mindestens 10 Frauen sein. Vorschlagsberechtigt sind zudem Bezirksgruppen, Landesarbeitsgemeinschaften sowie Aktiventreffen und Mitgliederversammlungen der Grünen Jugend Berlin.

Wie?

Über den nachfolgenden Link könnt ihr eure Vorschläge einreichen, bereits eingereichte Vorschläge einsehen und kommentieren:

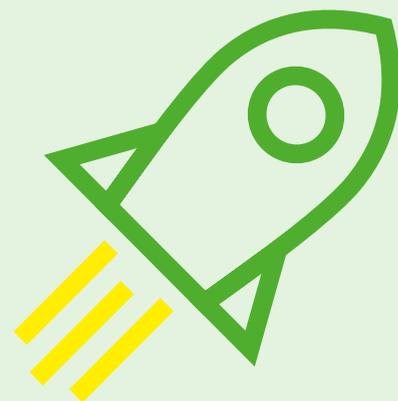
<https://berlin.antragsgruen.de/ProgrammZukunftRuft>.

Dort findet ihr ein Tool (analog zum LDK-Antragsgrün), mit dessen Hilfe ihr eure Vorschläge hochladen könnt. Bitte beachtet, dass wir nur auf diesem Wege Programmvorschläge entgegennehmen. Hier findet ihr weitere hilfreiche Tipps und Leitfragen:

<https://gruenlink.de/1rpx>.

Wann?

Deadline für alle Vorschläge ist der **31.07.2020** (23:59 Uhr).



ZEIT FÜR DEBATTE!

DISKUTIERT MIT UNS ÜBER BERLINS ZUKUNFT

Lebhafte und kontroverse Debatten sind Kern grüner Politik. Auch die Ideen für unser Wahlprogramm wollen wir intensiv mit euch und mit der Stadtgesellschaft diskutieren. Nicht nur die eingereichten Programmvorschläge sind mitgliederöffentlich und können über das Grüne Netz eingesehen und kommentiert werden. Wir bieten dieses und nächstes Jahr auch eine Reihe von Veranstaltungen für die Debatte an.

Den Auftakt machte am 19. Juni unser Zukunftskongress. Im Zentrum stand hier der Input aus der Stadtgesellschaft. Wir sind dabei, Berlin umzubauen und haben die Weichen für tiefgreifende Veränderungen gestellt. Deshalb war uns besonders wichtig, bei den Akteur*innen vor Ort nachzufragen, wo sie die aktuellen Herausforderungen sehen und welche Impulse sie uns mit auf den Weg geben wollen.

**UND JETZT SEID
IHR DRAN:
BRINGT EUCH
EIN, VERNETZT
EUCH UND
DEBATTIERT
MIT UNS!
WIR FREUEN
UNS AUF EURE
IDEEN.**

Ursprünglich als Marktplatz der Ideen mit innovativem Partizipationskonzept geplant, mussten wir aufgrund der aktuellen Situation in den digitalen Raum umziehen. Dazu fanden am Nachmittag 11 parallele Themenworkshops statt, in denen die externen Fachleute auf unsere grünen Fachpolitiker*innen trafen. Pro Workshop haben vier Inputgeber*innen aus der Stadtgesellschaft die Diskussion mit einem kurzen Impuls eröffnet. Am Abend fand zusätzlich ein digitales Panel »Die Zukunft ruft nach neuen Ideen« statt, mit Integrationsforscherin Naika Foroutan, dem Wuppertaler OB-Kandidaten Uwe Schneidewind, Mathias Hamann von der Stadtmission sowie Helena Marschall von Fridays for Future. Rund 250 Interessierte aus Stadtgesellschaft, Facharbeitsgruppen und den Berliner Parteimitgliedern nahmen daran teil. Die Diskussion war heiter bis stürmisch, und drehte sich vor allem um die Fragen nachhaltige Mobilität, bezahlbarer Wohnraum und offene Gesellschaft.

Weiter geht es am 26. September. Dann heißt es wieder: Basis ist Boss. Auf unserem digitalen Mitgliederkongress steht eure Meinung im Mittelpunkt. Hier könnt ihr euch einbringen und mit uns über die konkreten Inhalte des Wahlprogramms diskutieren. Im Januar 2021 möchten wir außerdem in mehreren kleineren Online-Formaten besonders unsere Neumitglieder einladen, sich an der Debatte zu beteiligen. Alle Infos zu den Veranstaltungen findet ihr in Kürze unter www.gruene.berlin/zeitfuerdebatte.

WAS UNS BEWEGT

DIE GRÜNE VISION FÜR BERLIN

Ein starkes Wahlprogramm braucht große Visionen und fundiertes Fachwissen. Dafür haben wir unseren grünen Zukunftsrat ins Leben gerufen. Er setzt sich aus 11 Facharbeitsgruppen zusammen, in denen jeweils bis zu 15 grüne Expert*innen vertreten sind – von Stadträt*innen über Mitglieder des Abgeordnetenhauses bis zu Bezirksverordneten. Die Facharbeitsgruppen erarbeiten Positionspapiere zu den großen Fragen, die unsere Stadt bewegen. Damit bilden sie die Basis für unser grünes Wahlprogramm. Hier stellen sie ihre Vision für Berlins Zukunft vor.

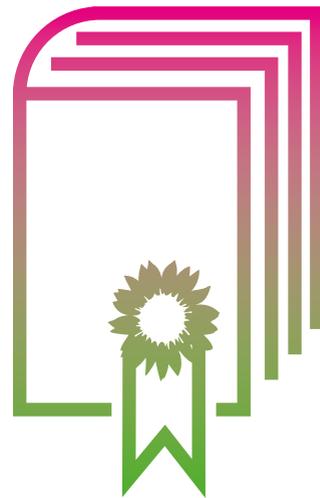
SOLIDES FUNDAMENT

Eine leistungsfähige Verwaltung für eine innovative Stadt

Im Verwaltungshandeln entscheidet sich, ob grüne Politik Realität wird. Verwaltung macht aus einem Mobilitätsgesetz Fahrradwege, aus einem Antidiskriminierungsgesetz gelebte Gleichberechtigung, aus einer Entscheidung zu Fahrverboten wirklich saubere Luft. Ohne eine funktionierende Verwaltung bleiben Gesetze und Vorschriften nur Papier. Verwaltung ist damit auch der Ort, an dem sich die Demokratie den Bürger*innen am unmittelbarsten zeigt. Das macht verlässliche Behörden zu einer wesentlichen Bedingung für unser funktionierendes Gemeinwesen.

Wir fragen uns: Wie bekommen wir den eigenen Gebäudebestand klimaneutral? Wie die Fuhrparks von Polizei, BSR und Bezirksbehörden? Wie fördert die öffentliche Beschaffung von Waren und Dienstleistungen die Entwicklung einer sozialen und ökologischen Gesellschaft? Und auch: Wie können wir zu einem noch besseren Arbeitgeber werden, der die Motivation und Tatkraft der 120.000 Beschäftigten in hunderten Behörden des Landes fördert?

Die Berliner*innen sowie die Berliner Wirtschaft erwarten zu recht, dass sie ihr Anliegen beim Bürgeramt auch am Smartphone erledigen können, eine Gewerbeanmeldung ebenso intuitiv erfolgen kann wie ein Kindergeldantrag und ihre Meldung ans Ordnungsamt bearbeitet wird.



Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, müssen wir Verwaltung systematisch neu denken: Prozesse müssen auf den Prüfstand mit dem Ziel, sie konsequent zu digitalisieren, Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln und transparente Zuständigkeiten zu schaffen. Wir müssen bezirkliche Strukturen ebenso stärken, wie wir manche Aufgaben zentralisieren müssen. Wir müssen die Vielfalt und die Einheit Berlins gleichermaßen im Blick halten. Und dabei nicht vergessen, dass Verwaltung nie Selbstzweck sein darf, sondern sich als Teil der Exekutive stets dem Wohl der gesamten Stadt verpflichtet.

Von Peter Broymann

INNOVATIVE WIRTSCHAFT

Zukunftsfähige Berliner Wirtschaft

Die FAG Innovative Wirtschaft ist in 3 Schritten in die fachlichen Debatten eingestiegen:

Digitalisierung

a) durch eine Übersicht über die Felder einer weitreichenden Digitalisierung: von staatlichen Dienstleistungen, über Bildung zu vernetzter Mobilität. Alles bei einer Open Data- und Green-IT-Strategie und Schutz von Daten und Privatsphäre.

Kreislaufwirtschaft

b) über Kreislaufwirtschaft als ein wirtschaftliches Grundprinzip. Für eine nachhaltige Produktion und Konsum müssen zahlreiche Ressourcenkreisläufe geschlossen werden, nicht jedoch alle in Berlin. Eine offene Frage ist: Sollen wir jetzt in Berlin bestimmte Stoffkreisläufe oder Produktgruppen betrachten? Bauabfälle, Textilien, Nahrungsmittel?

Verwaltung

c) über die Perspektive privater Unternehmen auf Senat und Bezirke. Welche Anforderungen stellen sie an die Verwaltung? Dabei diskutieren grüne Unternehmer*innen und Wirtschaftsverbandvertreter*innen mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, teils sehr schonungslos. Zur Umsetzung grüner wirtschaftspolitischer Ziele sind wir auf eine gut funktionierende Verwaltung angewiesen.

Das immer wiederkehrende Kernthema ist die aktuelle Corona-Pandemie. Auch in Berlin ist eine starke Rezession mit einer hohen Zahl von Unternehmensinsolvenzen und einer deutlich steigenden Arbeitslosigkeit zu erwarten. Vor dieser Perspektive müssen alle Themen der FAG dekliniert werden. Z.B. von welchem landespolitischen Finanzierungsspielraum gehen wir aus? Welche Beschäftigungswirkungen hat eine landespolitische Förderung der Kreislaufwirtschaft? Als wir in das Jahr 2020 starteten, gingen wir von einer Situation mit wachsendem Bruttoinlandsprodukt und entsprechend üppigen Steuereinnahmen und sich verbessernden Beschäftigungszahlen aus. Die wirtschaftspolitische Umorientierung zu einer Coronadominierten Welt, Volks- und Berlinwirtschaftskrise ist radikal.

Von Bianca Denfeld und Michael Knoll

KULTURELLE VIELFALT

Kulturelle Vielfalt und Teilhabe fördern

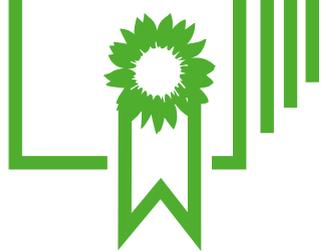
Kulturelle Vielfalt bedeutet mehr als Galerien, Museen, Theater und Konzerthäuser. Vielmehr beschreibt Kultur, wie wir miteinander leben wollen und wie wir dieses Zusammenleben auf kreative Weise darstellen und weiterentwickeln wollen. Kultur greift also in alle Politikbereiche hinein. Themen wie Kultur, Medien, Kreativwirtschaft, Clubkultur und Koloniales Erbe lassen sich nicht voneinander trennen. Deswegen war für uns als FAG von Anfang an klar, dass unsere Vision für Kulturelle Vielfalt in Berlin 2050 alle kulturpolitischen Felder umspannen muss.

Berlin hat den Ruf einer Kulturmetropole. Doch was bedeutet das für die Stadt, die Kulturschaffenden und die Berliner Politik? Wie schaffen wir es Künstler*innen ein Arbeiten und Leben in Berlin zu ermöglichen? Wird Berlin diesem Ruf überhaupt gerecht und was muss noch getan werden?

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie wir allen Berliner*innen kulturelle Teilhabe ermöglichen können. Unsere Vision orientiert sich dabei an einem Kulturangebot, das die Vielfalt der Berliner*innen widerspiegelt und gleichzeitig niedrigschwellig für alle zugänglich ist. Ein kleiner Geldbeutel, lange Anfahrtszeiten oder Sprachbarrieren sollen kein Hindernis für kulturelle Teilhabe sein.

Wir wollen in die Zukunft schauen, müssen uns deshalb aber auch mit der Vergangenheit beschäftigen. Wie kann Berlin Verantwortung übernehmen, sein koloniales Erbe aufarbeiten und gemeinsam daran erinnern? Ein elementarer Bestandteil einer an Vielfalt orientierten Kulturpolitik ist es, den Status Quo zu hinterfragen und Ungerechtigkeiten zu benennen. Verantwortung zu übernehmen bedeutet für uns auch, Diskriminierung heute zu bekämpfen.

Von der FAG Kulturelle Vielfalt



SOZIALE TEILHABE

Wir gestalten die wachsende, vielfältige und alternde Stadt: sozial, inklusiv und lebenswert

Die Entwicklung einer sozialen, inklusiven und lebenswerten Stadt für alle Generationen muss alle gesellschaftlichen Entwicklungen im Blick behalten.

Berlin wächst, wird immer vielfältiger und eine zunehmende Zahl älterer Menschen wird nicht nur allein leben, sondern aufgrund prekärer Erwerbsbiographien auch nur geringe Alters-einkünfte haben. Einkommensschwache stehen auch im Fokus des Programms »Soziale Stadt«. Ansätze, die Familien, Nachbarschaften und Quartiere stärken, erleichtern allen selbstbestimmt zu leben, sich nach den eigenen Fähigkeiten einzubringen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Auch der Ansatz »Age-friendly cities and communities« bietet einen guten Leitfaden, soziale Teilhabe und Inklusion für alle Generationen zu verwirklichen.

Die **inklusive Stadt** wird sich daran messen lassen, wie sie Teilhabe für alle sichert, und die Bedürfnisse »schwächerer« Gruppen – wie beispielsweise Kinder, Kranke, Wohnungslose, Behinderte, Pflegebedürftige und Hochaltrige sichert. Sie wird sich aber auch daran messen lassen, wie die Bedürfnisse der Familien in ihrer Vielfalt berücksichtigt werden. Neben baulichen und infrastrukturellen Faktoren, sind für eine inklusive, soziale Stadtpolitik die Förderung von Begegnung, Austausch und Zusammenhalt in der Vielfalt zentral. Angebote und Aktivitäten müssen für alle zugänglich sein. Kostenlose oder vergünstigte Angebote sind ein weiteres wichtiges Instrument zur Teilhabe.

In Berlin 2050 haben alle an den Errungenschaften der Gesellschaft, wie gute, gesunde Lebens-, Arbeits-, und Wohnverhältnissen teil. Die Stadt ist vielfältig und wird dieser Vielfalt auch (sozial) gerecht.

Von Aferdita Suka, Armin Schäfer und Catrin Wahlen

GESUNDES LEBEN

Gesundheit entsteht im Alltag: Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe verankern

Gesundes Leben bedeutet körperliches und psychisches Wohlbefinden, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen.

Voraussetzung sind gerechte Lebensbedingungen, die es unabhängig vom Geldbeutel allen in Berlin lebenden Menschen ermöglichen, ein gesundes Leben zu führen – im Wohn- und Arbeitsumfeld sowie im öffentlichen Raum. Dafür muss die Versorgung wohnortnah und bedarfsgerecht sein sowie die Prävention gestärkt und auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Ambulante und stationäre Angebote müssen in neu gebildeten Versorgungsregionen integriert und niedrigschwellig als öffentliche Daseinsvorsorge etabliert werden. Dafür braucht es eine Bedarfsplanung unter Einbezug aller Beteiligten, die medizinische, pflegerische und psychosozial unterstützende Hilfen miteinander verzahnt.

Menschen in Gesundheitsberufen genießen besonderes Vertrauen der Bevölkerung. Hausärzt*innen und Pflegepersonal, Mitarbeitende in den Gesundheitsämtern, Psycholog*innen und Therapeut*innen nehmen wichtige Rollen als Lots*innen ein. Diese Wertschätzung aller Gesundheitsberufe muss sich u.a. in gesundheitsfördernden und finanziell attraktiven Arbeitsbedingungen widerspiegeln. In interprofessionellen Teams und mit eigenständigen Berufskammern sollen sie Kompetenzen weiterentwickeln und ihren professionellen Anliegen Gehör verschaffen. Ein angemessener Personal- und Pflegeschlüssel würde zu mehr Patient*innensicherheit beitragen.

Nachhaltige Gesundheit entsteht allerdings immer unter den Bedingungen des alltäglichen Lebens. Gesundheitsförderung ist ein Querschnittsthema, dessen Umsetzung in allen politischen Ressorts und administrativen Ebenen verbindlich ist. Dazu wird eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung für alle Gesetze und größere Vorhaben eingeführt werden. Zudem brauchen wir mehr Bewusstsein für die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels und müssen das Gesundheitssystem ökologischer umbauen. Denn ist der Planet nicht gesund, ist es der Mensch auch nicht.

Von der FAG Gesundes Leben

FREIE STADTGESELLSCHAFT

Für ein freies und sicheres Berlin

Berlin liebt die Freiheit. Die Menschen in unserer Stadt vereint seit Jahrzehnten der Anspruch und der Wunsch, Freiheiten für möglichst alle Menschen zu ermöglichen und zu schützen. Dies treibt auch uns Bündnisgrüne an. Dieses Freiheitsbestreben muss politisch begleitet und gestärkt werden. Die Rechte des Einzelnen müssen abgewägt werden, ebenso das Verhältnis Staat zu Bürger*innen dieser Stadt, sowie der Menschen untereinander. Unternehmen spielen dabei eine immer wichtigere Rolle, daher müssen auch Verbraucherschutz und Datenschutz gestärkt werden.

Besonderes Augenmerk liegt für uns zudem auf einer gut ausgestatteten Polizei und Feuerwehr. Sie geben uns Schutz und helfen in der Not. Die Aufgabe wird sein, sie technisch den veränderten Bedingungen einer wachsenden Stadt und der zunehmenden Digitalisierung vieler Lebensbereiche anzupassen und weiterzuentwickeln. Für uns ist klar, dies darf gerade bei der Polizei nicht auf Kosten individueller Freiheitsrechte gehen.

Als Stadt der Vielfalt, müssen wir Gewalt und Hass entgegen-treten, insbesondere wenn diese gegen Minderheiten gerichtet oder rechtsextrem motiviert ist. Hier müssen wir auch die weiteren Mittel eines engagierten Rechtsstaats vordenken, Präventionsarbeit verstärken und den Justizvollzug weiterentwickeln. Es steht also viel an, um unsere Freie Stadt zu erhalten. Wir wollen alle Menschen willkommen heißen, ihnen aber auch die Sicherheit gewährleisten die sie benötigen. Heute wie morgen.

Von Daniela Ehlers und Malte Spitz

OFFENE GESELLSCHAFT

Für eine solidarische Gesellschaft der vielen

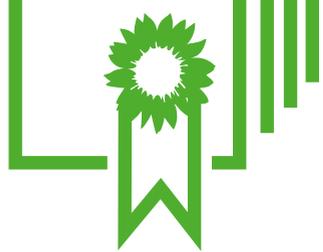
Berlin ist eine lebendige, pulsierende Metropole, in der vielfältige Lebensentwürfe und Lebensrealitäten beheimatet sind: Das gilt für die in Ost- und West-Berlin Geborenen ebenso wie für die Zugezogenen. Von Vertragsarbeiter*innen und der ersten Arbeitsmigrant*innen-Generation sowie ihren Kindern und Enkeln, über Gründer*innen queerer und feministischer Projekte bis hin zu Geflüchteten und vielen, vielen mehr. Für sie und alle anderen muss Berlin das Versprechen einlösen: gleiche Teilhabechancen und Schutz vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Not, aber auch Raum für selbstbestimmtes Leben.

Dafür haben wir Bündnisgrüne in den letzten Jahren viel erreicht: Das Landesantidiskriminierungsgesetz ist beschlossen und unsere Beschlüsse »Alle nach ihrer Fassung« und »Plural nach vorne« sind wichtige Meilensteine. Doch am Ziel sind wir noch lange nicht! Nahezu täglich kommt es zu rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Übergriffen. Frauen sind auf Chef*innen-Etagen in der Unterzahl. In Verwaltung, Justiz und politischen Parteien sind Schwarze Menschen und People of Colour kaum repräsentiert. Queere Menschen kämpfen mit rechtlichen Hürden und Ressentiments im Alltag. Polizeiliches Racial Profiling schränkt die Freiheit einiger Berliner*innen enorm ein. Zudem vergiften Rechte und Nazis unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir Bündnisgrüne sind die Partnerin der solidarischen, diversen Zivilgesellschaft, die für eine offene Gesellschaft der vielen kämpft. Dabei muss der Staat vor Diskriminierung schützen und die Menschenrechte aktiv und ausnahmslos einlösen. Vor allem öffentliche Einrichtungen dürfen Diskriminierung nicht reproduzieren, sondern müssen aktiv dagegen vorgehen – auch in ihrem Inneren. Das wird nicht immer ohne Konflikte und die Umverteilung von Macht und Privilegien funktionieren. Aber wir sind überzeugt: In einer pluralistischen Migrationsgesellschaft lebt es sich für alle besser!

Von Henrik Rubner und Filiz Keküllüoğlu-Abdurazak





LEBENDIGE STADTNATUR

Wir machen Berlin rasant klimaneutral!

Mit der Klimakrise stehen wir vor der Existenzfrage der Menschheit. Ein »Weiter so« wird innerhalb weniger Jahre dazu führen, dass unsere Lebensgrundlage zerstört wird, massenweise Tier- und Pflanzenarten werden aussterben. Es liegt an uns, Emissionen von Treibhausgasen drastisch zu reduzieren und unsere Stadt klimaresilient zu machen und auf nachhaltige Konzepte zu setzen, die den Temperaturanstieg auf der Erde stoppen. Wir brauchen einen Wandel in allen Bereichen unseres Lebens. Wir wollen weg vom Wachstumszwang.

Unsere Energieproduktion muss 100% erneuerbar werden. Unsere Vision: Auf Dächern und Fassaden wird Wärme, Strom oder gute Luft durch begrünte Dächer produziert. Mit einer kommunalen Wärmeplanung und Smart Grids wollen wir Energie intelligent und effizient nutzen und verteilen.

Wir wollen eine lebenswerte, **klimaresiliente Stadt**, in der sich Flora und Fauna sowie Menschen wohl fühlen. Wir müssen unsere Lebensgewohnheiten und Prioritätensetzung hin zu **Nachhaltigkeit** elementar ändern.

Die **Agrar- und Ernährungswende** in Berlin ist für uns ein zentrales Projekt. Wir wollen sie in die Kieze tragen und den Weg vom Acker auf den Teller kürzen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Berlin Orte entstehen, wo Produzent*innen, Bäuer*innen, Konsument*innen und Menschen sich begegnen können und Lebensmittel direkt vermarktet werden.

Auch außerhalb des Argarbereichs dürfen Tiere nicht mehr für die Nutzung durch den Menschen leiden – nicht bei Tierversuchen, nicht durch Qualzuchten und im Heimtierbereich. **Tiere brauchen Rechte.**

Für uns Bündisgrüne ist klar, für diese enorme gesellschaftliche Transformation müssen wir zum einen die Berliner Verwaltung mit ausreichend Personal und Handwerkszeug ausstatten. Zum anderen können wir das nur gemeinsam mit der Berliner Zivilgesellschaft schaffen, die in alle Prozesse stark eingebunden werden muss.

Von der FAG Lebendige Stadtnatur

LEBENSWERTE STADT

Berlin lebenswert und zukunftsgerichtet weiterbauen

In der FAG Lebenswerte Stadt treffen sich Abgeordnete mit Stadträten, der LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung, Bezirksaktiven, Bunt-Grün, Grüner Jugend und Bürgerbewegten, also einmal quer durch den grünen Garten. Inhaltlich treibt uns vor allem die Frage um, wie die Stadt zukunftsfähig gestaltet werden soll.

In dieser Legislatur wurde bislang viel über Wohnungsbauzahlen gestritten. Bezahlbares Wohnen ist vordringlich, keine Frage. Wir müssen aber auch über nachhaltiges Leben und nachhaltiges Bauen sprechen, über zukunftsfähige Energie und neue Mobilität. Und dabei natürlich auch das Ziel einer Stadt mit viel Grün und Stadtnatur im Blick behalten.

Unsere Leitbilder zielen darum auf:

Stadtquartiere der Zukunft –

die vielleicht in einer Internationalen Bauausstellung gezeigt werden könnten,

die Vision von 50% gemeinwohlorientierten

Wohnungen in Berlin bis 2050,

ein Berlin mit vielen **neu gestalteten öffentlichen Räumen**, mit weniger Autos und mehr stadtvträglichem Verkehr, mehr Grün und viel Lebensqualität.

Aber wir arbeiten auch hart an der Realität:

Wie muss es in der Bodenpolitik weitergehen? Wie bekommen wir mehr Wohnraum für bedürftige Gruppen? Wie geht es mit den Mieten weiter, wenn der Mietendeckel 2026 ausläuft? Wie werden unsere Verwaltungen leistungsfähiger (und digital vernetzt) und wie begeistern und motivieren wir die öffentlichen Mitarbeiter*innen für unser grünes Stadt-Leitbild? Kurzum – es gibt sehr viel zu tun, wenn unser Berlin lebendig bleiben soll und dabei sozial gerechter, nachhaltig und klimaneutral bis 2050 werden soll.

Von Franziska Eichstädt-Bohlig und Martin Reents

MOBILITÄT

Straßen zum tanzen – Mobilität für den Menschen

Berlin 2050: Wer sich in der Stadt bewegen will, hat eine Fülle von Möglichkeiten, die zuverlässig, vernetzt und einfach zu nutzen sind. Und das Beste, all diese Möglichkeiten sind emissionsfrei, machen ein privates Auto überflüssig und schaffen so Platz zum Leben und zum Kühlen der Stadt. Statt Blechlawinen und Autoparkplätze ergrünen die Seitenstreifen und entstehen überall autofreie Kieze, in denen das einzige Auto, das im Weg steht ein Bobbycar ist.

Ein Fahrplan ist für Bus, Bahn und Tram nicht mehr nötig – wer öffentliche Verkehrsmittel nutzen will, geht zur nächsten Haltestelle und innerhalb von 5 bis 10 Minuten wird er von dort in der ganzen Stadt abgeholt und schnellstmöglich ans Ziel gebracht. Und für die letzten Meter gibt es Sharing-Angebote, die schnell und einfach nutzbar sind. Ein Fahrschein ist nicht mehr nötig, da alle Berliner*innen den ÖPNV dank dem Barenticket fahrscheinlos nutzen können. Wer mit dem Rad unterwegs ist, nutzt die vielen Radwege, die sternförmig ganz Berlin miteinander verbinden und dank dem kaum noch nötigen Autoverkehr haben Fußgänger*innen mehr Platz und mehr Sicherheit.

Auch die Wirtschaft profitiert, denn Handwerker*innen kommen schneller an ihr Ziel. Elektrische Lieferfahrzeuge verteilen Waren aller Art über lokale Stationen in der ganzen Stadt und auch der Krankenwagen ist schneller am Einsatzort. Doch für Verkehrsunfälle wird er nicht mehr gebracht, denn die Vision Zero ist Realität.

Von Werner Graf

GERECHTE CHANCEN

Gerechte Chancen beginnen mit guter Bildung: von der Kita bis zum Abschluss

Die Kinder und Jugendlichen, die heute auf die Schulen gehen, haben ihr Leben noch vor sich. Wir möchten allen jungen Menschen Wege in ein gutes Leben in dieser Gesellschaft ermöglichen – in der Schule, in der Ausbildung und im Studium. Jeder Mensch hat das Recht auf gute Bildung und es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen genau das bekommen.

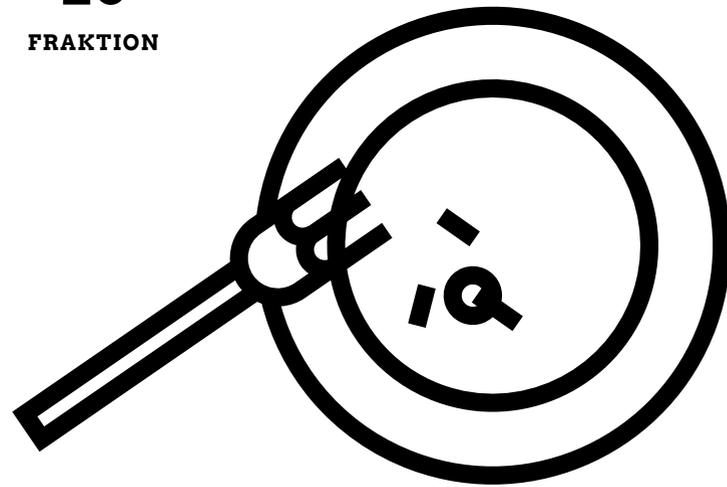
Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zu einem demokratischen und selbstbestimmten Leben – und ein Menschenrecht. Bildung soll dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche sich bestmöglich entfalten können. Dazu müssen sie die Möglichkeiten und Ressourcen haben. Das heißt ausreichend und gut ausgebildete Erzieher*innen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen, ein gutes Team genau wie intakte, saubere Räume und beste digitale Ausstattung. Die Schule muss jedes Kind individuell betrachten, vom Kind aus denken, Kinder dort abholen, wo sie stehen. Sie muss sich an der Lebenswelt der Lernenden orientieren, die Stärken des Kindes fördern und Kinder demokratisch an der Gestaltung ihrer Lebenswelt beteiligen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es stehen Dir alle Wege in unserer Gesellschaft offen.

Chancengerechtigkeit und die Arbeit gegen Spaltung und Diskriminierung in der Gesellschaft sind ein Grundanliegen grüner Politik und ziehen sich durch alle Politikfelder.

Qualitativ hochwertige Bildung ist dafür genauso unerlässlich, wie dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Wir wollen, dass sie sich in einem Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt, wie das am besten in Gemeinschaftsschulen umgesetzt werden kann. Unser Ziel ist inklusive Bildung – von der Kita, über die Schule bis hin zu Ausbildung oder Studium – in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig.

Von Andreas Audretsch und Nina Stahr

MEHR BIO AN BERLINER SCHULEN



Seit August 2019 können alle Kinder in Berliner Grundschulen kostenfrei zu Mittag essen. Die Elternbeiträge fallen jetzt weg, und wo bisher nur rund 60 Prozent der Grundschüler*innen am Mittagessen teilnahmen, dürfte diese Zahl bald auf 95 bis 100 Prozent steigen. Das ist zunächst eine sehr gute Nachricht und macht stolz auf das bisher Erreichte! Für diesen Erfolg mussten wir im Parlament dicke Bretter bohren. Wir Bündnisgrüne sahen uns vor mehrere Schwierigkeiten gestellt: Zum einen sahen wir die Schulen vor großen organisatorischen Problemen, da sie in den Mensen nicht ausreichend Platz anbieten konnten. Zum anderen machten wir uns Sorgen um die Qualität des Essens.

Denn gutes Essen heißt für uns, dass es mindestens Bio-Essen sein soll. Schon 2014 haben wir uns hierfür als Oppositionspartei eingesetzt und konnten damals einen Bio-Anteil am Schulessen von 15 Prozent erkämpfen. In der gemeinsamen Regierung mit der SPD bedurfte es monatelanger Verhandlungsrunden bis ein Bio-Anteil von 50 Prozent erreicht war. Das Hauptproblem war eine gesetzliche Vorschrift, die

vorgab, dass Schulessen zum Festpreis von 3,25 Euro ausgeschrieben werden musste. Dieser Festpreis war seit sechs Jahren nicht mehr angehoben worden. Mit anderen Worten: Die Kosten der Caterer für Gewerbetrieben, Wareneinkauf und Bezahlung der Mitarbeiter*innen stiegen Jahr für Jahr, ihr Umsatz jedoch blieb gleich. Damit war weder eine anständige Bezahlung für die Mitarbeiter*innen möglich, noch konnte die Qualität des Schulessens verbessert werden.

**WIR HABEN GEZEIGT,
DASS ÖKOLOGISCHE
POLITIK IMMER AUCH
SOZIAL IST – UND SEIN
MUSS!**

Nicht der erhöhte Bio-Anteil war also der größte finanzielle Batzen, sondern die Neuberechnung der im Festpreis enthaltenen übrigen Kostenanteile. Das machte das Schulessen zu einem sehr viel teureren Gesamtpaket. Denn weder Eltern über einen Kostenbeitrag, noch der Bund über das Bildungs- und Teilhabepaket finanzieren das Schulessen mit. Daher verhandelten wir nicht mehr über fünf bis zehn Millionen Euro Mehrkosten für das Land Berlin für einen erhöhten Bio-Anteil, sondern über 100 bis 150 Millionen Euro. Wir wollen, dass Mitarbeiter*innen in Catering Betrieben fair bezahlt werden und die Kinder in den Berliner Schulen gutes Bio-Essen bekommen sollen.

Nun haben wir es geschafft! Mit der Steigerung des Festpreises auf mehr als vier Euro haben wir nicht nur dafür gesorgt, dass Berliner Kinder gutes Essen kostenlos bekommen, sondern auch gezeigt, dass ökologische Politik immer auch sozial ist – und sein muss!

Von Stefanie Remlinger, stellv. Fraktionsvorsitzende,
Schwerpunktthemen Bildung und Haushalt
Silke Gebel, Fraktionsvorsitzende

KLIMAKOSTEN SICHTBAR MACHEN



Wie den Folgen der Klimakrise aus energiepolitischer Perspektive schnellstmöglich entgegengewirkt werden kann, ist eine der zentralen Fragen der LAG Energie. Daher kämpfen wir für eine Energieversorgung, die Berlin mit 100% erneuerbaren Energien versorgt.

Was diese Transformation politisch am effektivsten beschleunigt, ist wissenschaftlich klar beantwortet: die Einführung einer verursachungsgerechten Bepreisung von CO₂, und deren Äquivalente wie Methan. Ohne die Verursacher*innen von Treibhausgasen für ihre Klimafolgeschäden in Haftung zu nehmen, wird es keine ausreichende Lenkungswirkung von bestehenden Emissionsquellen hin zu emissionsfreien Technologien und Energieeinsparungen geben.

Auf Bundesebene wird, nicht zuletzt durch den Druck von Fridays for Future und auch unserer grüngeführten Bundesländer, nun endlich eine CO₂-Bepreisung eingeführt. Allerdings setzt sie mit 25 Euro pro Tonne CO₂ viel zu niedrig an, um eine der Dringlichkeit angemessene Lenkungswirkung zu erzielen. Das Umweltbundesamt (UBA) stellt fest, dass eine emittierte Tonne CO₂ mindestens 180 Euro an Klimafolgeschäden verursacht. Mit unserem Antrag »Globalsummenbegründung – Klimaschutz in die Bezirksfinanzen integrieren!« zur letzten (leider ausgefallenen) LDK setzen wir uns gemeinsam mit vielen Unterstützer*innen aus den Bezirken dafür ein, dass zumindest in den Bilanzen der öffentlichen Hand die tatsächlichen Kosten von Treibhausgasen auch finanziell sichtbar werden.

**100%
ERNEUERBARE
ENERGIEN
FÜR BERLIN**

**CO₂
BEPREISUNG**

Wir müssen jetzt zeigen, dass wir Klimaschutz ernst meinen. Das zeigt sich am besten, wenn wir überall dort wo Emissionen durch öffentliche Nachfrage entstehen, diese intern mit dem vollen kalkulatorischen Kostensatz für Klimafolgeschäden von mindestens 180 Euro pro Tonne CO₂ des UBAs berechnen. Nur so wird deutlich, wie günstig öffentliche Investitionen in Energieeinsparungen und emissionsfreie Technologien im Vergleich sind. Das sollte den Zuspruch für bündnisgrüne Klimapolitik wieder an Fahrt gewinnen lassen.

Von Friedemann Dau,
stellv. Sprecher der LAG Energie

MEHR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ, WENIGER DISKRIMINIERUNG!

Die LAG Digitales und Netzpolitik beschäftigt sich mit der Frage, welche Technologien aus grüner Perspektive zu befürworten sind – weil sie beispielsweise im Kampf gegen den Klimawandel helfen oder mehr Basisdemokratie ermöglichen – und welche wir kritisch sehen und rechtlich einschränken müssen, z.B. »Killerroboter« oder Blockchains mit immensem Energieverbrauch.

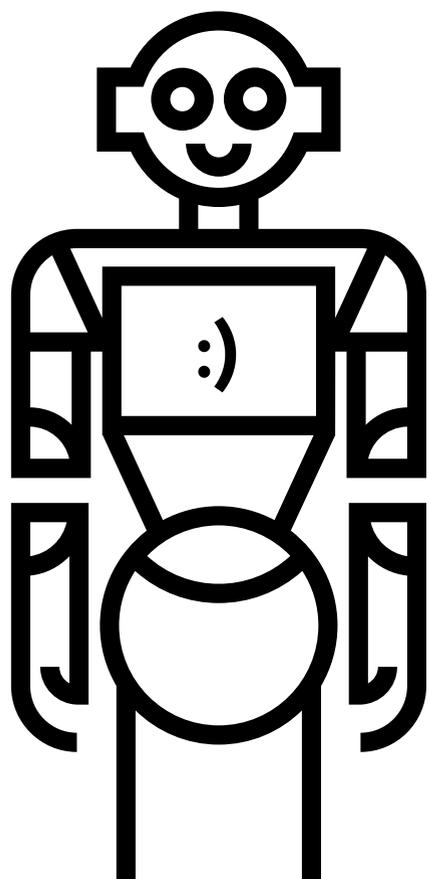
Künstliche Intelligenz (KI) ist eine der Zukunftstechnologien, die heute schon in jedem Smartphone steckt und die in den nächsten Jahren in immer mehr Lebens- und Arbeitsbereichen zum Einsatz kommen wird. Schon jetzt begegnen wir als Bürger*innen und Menschen an unzähligen Stellen vordefinierten Entscheidungsprozessen: Bei der Beantragung staatlicher Leistungen (z.B. Kitagutschein, ALG aber auch Asylgesuch) genauso wie in der Privatwirtschaft (z.B. Jobbewerbung, Kreditvergabe oder Handyvertrag). Etliche dieser Entscheidungen können wir an ein KI-System übertragen. Das würde die Bearbeitungszeit stark beschleunigen und viele eintönige Tätigkeiten überflüssig machen. Vor allem aber wäre es möglich, Vorurteile und Diskriminierungen auszuschalten. Und so dazu beizutragen, dass wirklich alle Menschen gleichbehandelt werden und die gleichen Chancen haben.

Wir Grüne setzen uns schon immer für eine gerechtere Welt für alle ein. Daher wollen wir auch Zukunftstechnologien wie algorithmenbasierte Entscheidungssysteme so gestalten, dass sie unsere Welt fairer und inklusiver machen. Leider ist Diskriminierungsfreiheit von Künstlicher Intelligenz derzeit noch nicht der Standard. Viele kennen die Negativbeispiele von Einstellungssoftware, die Frauen diskriminiert oder der Gesichtserkennung, die dunkelhäutige Menschen nicht korrekt erkennt. Solche diskriminierenden Systeme entstehen, wenn sie nur von einer homogenen Gruppe

von Menschen entwickelt werden und wenn diese »intelligenten« Systeme mit ungefilterten Daten gefüttert werden. Denn Diskriminierung auf Basis des Geschlechts oder der Hautfarbe ist eben leider immer noch Realität. Auch dass die Systeme oft intransparent sind, begünstigt Diskriminierung.

Wenn in der Berliner Verwaltung KI-basierte Systeme zum Einsatz kommen, muss sichergestellt werden, dass diese Systeme wirklich alle Menschen gleichbehandeln und die Entscheidungsfindung für alle Betroffenen transparent ist. Dazu brauchen wir zwingend ein Gremium, dass entsprechende Standards für solche Systeme vordefiniert. Außerdem fordern wir, dass im Rahmen der Berliner Digitalisierungsstrategie die Förderung diskriminierungsfreier KI-Technologien explizit berücksichtigt wird. Damit mehr Start-Ups Systeme entwickeln, die nicht nur Prozesse optimieren, sondern die Welt für alle gerechter machen.

Von Laura Dornheim, Johanna Mellentin, Anika Wiest, Michael Servatius, Sprecher*innen der LAG Digitales und Netzpolitik



QUEER AUS DER KRISE

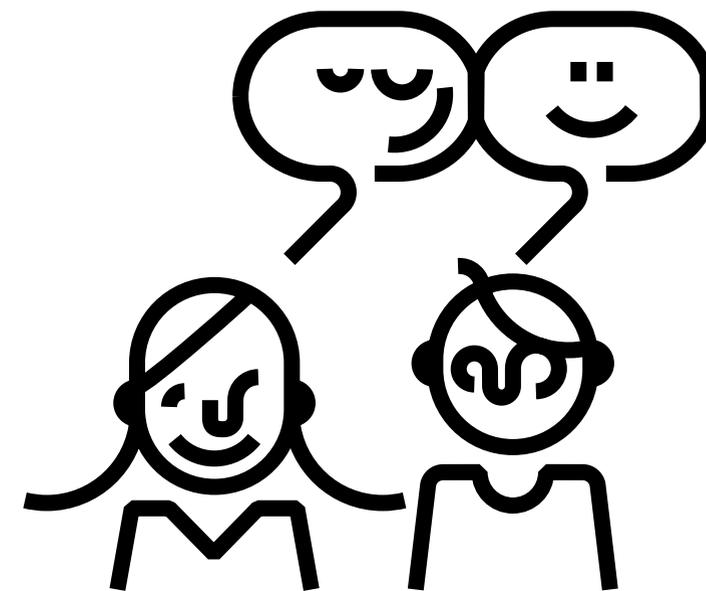
Die Corona-Krise hat auch die queere Community hart getroffen: In Berlin kämpfen die vielen Begegnungsorte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen mit den gewaltigen finanziellen Herausforderungen durch den Lockdown. Egal ob Bar, Club, Restaurant, Theater oder queeres Stadtmagazin – diese Institutionen machen eine lebendige queere Szene überhaupt erst möglich. Darum braucht es einen Regenbogenrettungsschirm, um die wichtigen Zufluchtsorte in diesen unsicheren Zeiten zu erhalten.

Die wichtige Arbeit vieler Beratungsprojekte rund um Antidiskriminierung, Coming-out-Beratung oder Gesundheit sind dank des grünen Einsatzes in Senat und Abgeordnetenhaus erst einmal gesichert. Das muss auch für künftige Haushaltsverhandlungen gelten. Denn der Bedarf bleibt groß: Queere Personen sind statistisch durch Diskriminierungen häufiger anfällig für Depressionen oder Suizid und leben häufiger allein. Als Kontakte jenseits der »Kernfamilie« eingeschränkt wurden, waren viele von Freund*innen oder Partner*innen abgeschnitten und verloren ein wichtiges soziales Sicherungsnetz.

Der notwendige Rückzug ins Private hat auch die Sichtbarkeit von queeren Lebens- und Liebensweisen wieder eingeschränkt. Für wichtige Demos wie den Christopher Street Day oder den Dyke* March suchen wir in diesem Jahr kreative Alternativen. Doch für uns ist klar: ausschließlich online lässt sich Akzeptanz und Gleichberechtigung nicht erstreiten! Der konservative Backlash ist vielerorts bereits in vollem Gange: Ungarn hat unter der Notstandsgesetzgebung die Änderung des Geschlechtseintrags von Trans* Personen gestrichen und in Südkorea führte ein Corona-Ausbruch in einem schwulen Club zur verstärkten Diffamierung queerer Minderheiten. Der Virus betrifft uns zwar alle, aber nicht alle gleich. Auch deswegen kämpfen wir weiter für eine vielfältige, solidarische und gerechte Zukunft. Lasst uns gemeinsam Flagge zeigen gegen Menschenfeindlichkeit!

LASST UNS GEMEINSAM FLAGGE ZEIGEN GEGEN MENSCHENFEINDLICHKEIT!

Von Tim Rössig und Henrik Rubner, Sprecher*innen der LAG Queergrün



#BERLINGIESST GEMEINSAM FÜR DAS BERLINER STADTGRÜN

UNSERE BÄUME HABEN DURST

Nach den letzten beiden Dürresommern waren die Monate März und April 2020 wieder knochentrocken und auch im Mai gab es nur geringfügige Niederschläge. Ein Straßenbaum benötigt knapp 70 Liter Wasser pro Woche. Vor allem junge Straßenbäume, die mit ihren Wurzeln das Grundwasser noch nicht erreichen, drohen bei zu wenig Niederschlag zu vertrocknen. Das dürfen wir nicht zulassen, denn Bäume reduzieren den Staubanteil in der Luft, kühlen an heißen Sommertagen, absorbieren CO2 und liefern eine Menge Sauerstoff.

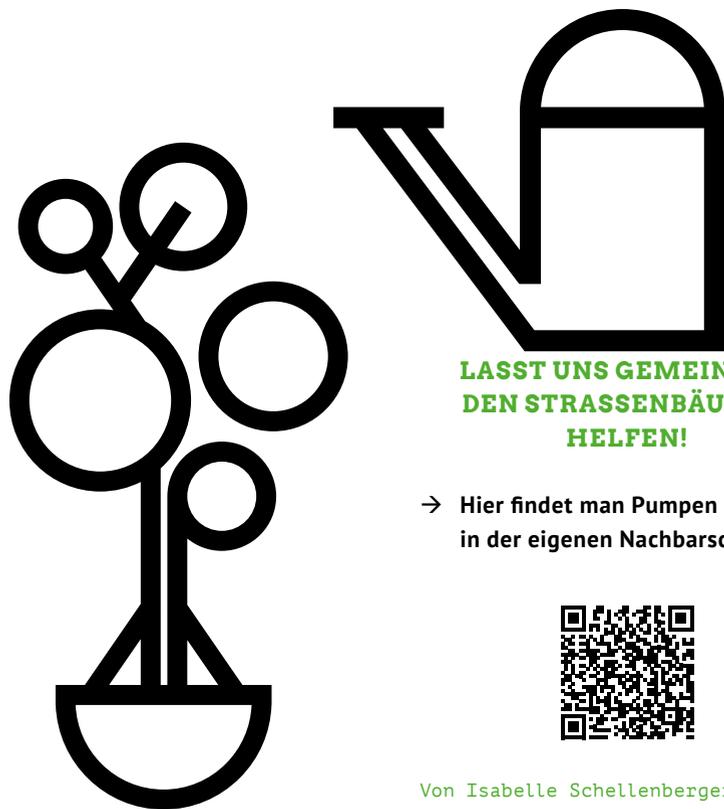
GRÜNE POLITIK SETZT SICH FÜR DAS STADTGRÜN EIN

Auf Vorschlag der Bündnisgrünen im Abgeordnetenhaus wurden die finanziellen Mittel für das Stadtgrün im Haushalt 2020/2021 um 50 Millionen Euro erhöht. Damit stehen unter anderem für die Pflege pro Jahr und Baum jetzt 80 Euro statt der vorherigen 44 Euro zur Verfügung. Die »Grünbauoffensive« schreitet voran, auch wenn die vorherigen Jahrzehnte der Einsparungen in den Straßen- und Grünflächenämtern noch zu spüren sind. Es braucht Zeit, bis die neuen finanziellen Ressourcen durch geschultes Personal und neue, einsatzbereite Tankwagen sichtbar werden.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Die AG Urban Jungle der Bündnisgrünen in Berlin-Mitte, sowie die Kreisverbände Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg starteten Anfang Mai Gießaktionen für die Straßenbäume in ihren Kiezen. Ausgehend von Straßenpumpen und Hydranten wurden Bäume in der näheren Umgebung gegossen. Viele Parteimitglieder und Anwohner*innen beteiligten sich unter Wahrung des Mindestabstandes und Infektionsschutzes an der Aktion.

Auch in Zukunft werden wir Bündnisgrüne Gießaktionen durchführen. Jede*r kann sich beteiligen und Fotos unter dem Hashtag **#berlingiesst** teilen und Freund*innen animieren. An Straßenpumpen in der ganzen Stadt gibt es kostenloses Wasser. Viele dieser Pumpen funktionieren und ermöglichen auch ein gutes Training für die Arm- und Rückenmuskulatur ;).



**LASST UNS GEMEINSAM
DEN STRASSENBÄUMEN
HELFE!**

→ Hier findet man Pumpen
in der eigenen Nachbarschaft:



Von Isabelle Schellenberger,
Lukas Ulrich und Mona Hille,
AG Urban Jungle KV Mitte

WOHNRAUM IST ZUM WOHNEN DA:

GRÜNER BEZIRKSSTADTRAT SETZT ZWECKENTFREMUNGSGESETZ DURCH!

Im Bezirk Pankow ist der Mietmarkt bekanntlich angespannt. Vollrad Kuhn, bündnisgrüner Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, lässt deshalb nichts unversucht für den Schutz von Mieter*innen und bezahlbarem Wohnraum.

Ein wirksames Mittel der Politik gegen Verteuerung durch Verkauf von Wohnraum ist das Vorkaufsrecht. Dabei kann der Bezirk unter bestimmten Voraussetzungen in einen Immobilienverkauf eingreifen. Dieses nutzte Vollrad Kuhn erstmals 2019 für zwei noch unbebaute Flächen in Karow. Die Grundstücke werden seither im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens – gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften HOWOGE und Gesobau – entwickelt.

ERKLÄRTES ZIEL: NACHHALTIGER UND BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR FAMILIEN

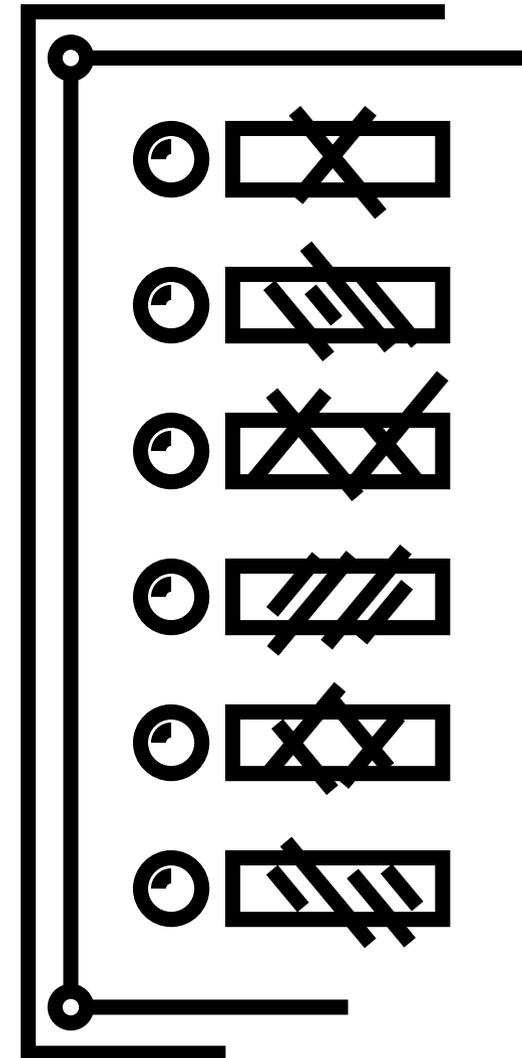
Im Komponistenviertel in Weißensee ging Vollrad Kuhn nun sogar einen Schritt weiter. Erstmals in Berlin führte er ein leerstehendes Gebäude wieder dem Mietmarkt zu. Auch wenn dauerhaft leer stehender Wohnraum bereits seit 2014 gesetzeswidrig ist, wurde ein Einschreiten in dieser Form erst durch die rot-rot-grüne Novellierung des Berliner Zweckentfremdungsgesetzes 2018 möglich. Nachdem sie mildere Mittel ausgeschöpft haben, dürfen Berliner Bezirke nun Wohnraum zeitweise enteignen und durch einen Treuhänder

wiederherstellen und vermieten lassen. Bisher bestand in Berlin jedoch kaum Erfahrung in der Durchsetzung dieses Gesetzes.

30 Jahre stand das Wohnhaus an der Kreuzung Smetanastraße/Meyerbeerstraße leer, und kann nun als Musterbeispiel für die Anwendung des Berliner Zweckentfremdungsgesetzes herangezogen werden. Der Bezirk forderte die Eigentümerin unter Androhung eines Zwangsgeldes auf, den Wohnraum wieder nutzbar zu machen. Als die Eigentümerin dem nicht nachkam, setzte der Bezirk im April 2019 als Treuhänderin eine Berliner Anwaltskanzlei für Miet- und Wohnungseigentumsrecht ein. Die Sanierung des Gebäudes schreitet seitdem voran. Die entstehenden Kosten hat der Bezirk zunächst vorgestreckt, sie werden der Eigentümerin jedoch in Rechnung gestellt. Sollte sie die Kosten begleichen, erhält sie ihr Eigentum zurück; ansonsten könnte es langfristig einer landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaft übergeben werden.

Wenn alles klappt, können die Wohnungen noch in diesem Jahr wieder genutzt werden. Nach diesem Erfolg bereitet Vollrad Kuhn schon den nächsten »Eingriff« vor. Denn Eigentum verpflichtet, und Wohnraum ist zum Wohnen da!

Von Julia Schneider,
KV Pankow



EUROPASCHULE »CAMPUS DREILINDEN« – MACHT SCHULE?

Mit der neuen Europaschule »Campus Dreilingen« in Steglitz-Zehlendorf wurde Ende letzten Jahres ein neues Schulprojekt auf den Weg gebracht, das das »Gemeinschaftliche« stärken soll.

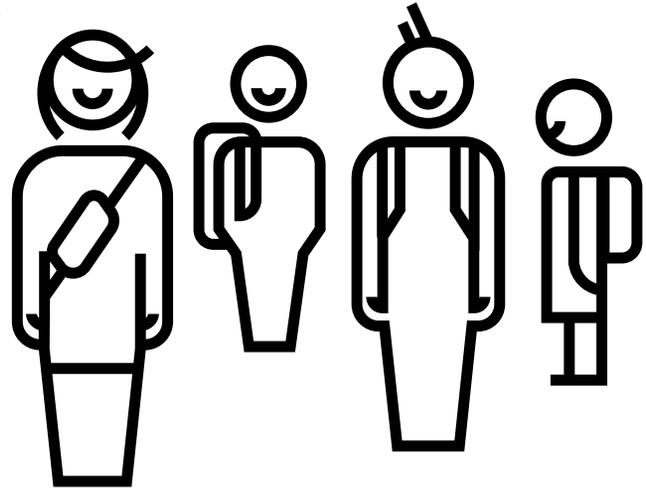
Schon in der letzten Legislaturperiode hatten wir die Idee, eine weiterführende Staatliche Europa Schule Berlin – SESB mit dem Schwerpunkt Englisch im Bezirk einzurichten. Unter anderem ist durch die vielen Kinder von Familien, die aus dem Ausland zum Arbeiten nach Berlin kommen, der Bedarf an einem solchen Schulmodell im Bezirk ungebrochen hoch. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Bezirk nur eine SESB-Grundschule, in der englischsprachiger Unterricht angeboten wurde. Der Besuch von weiterführenden Schulen in dieser Art war nur in anderen Bezirken möglich. Eine passende Schule für das Projekt war mit dem Dreilinden Gymnasium schnell gefunden. Allerdings ließ sich der Senat trotz mehrerer BVV Beschlüsse nicht von einer SESB im Bezirk überzeugen, da insbesondere die SPD darauf bestand, dass kein Gymnasium und auch keine Schule im Westteil Berlins als neue SESB ausgewählt wird. Dennoch wollten wir das Projekt nicht aufgeben. Zusammen mit dem Schulleiter des Gymnasiums und den umliegenden Grundschulen (Conrad und Dreilinden Grundschule) entwickelten wir ein neues Konzept mit dem Namen »Campus Dreilinden«. Unser gemeinsames Ziel war es, einmal den Bedarf abzudecken und die Willkommensklassen in diesem Modell gezielt

einzubinden. Gleichzeitig sollte mit dem Campus der Gemeinschaftsschulgedanken möglichst weit umgesetzt werden. Für uns war klar: Es ist nicht wichtig, was draufsteht, sondern was drin ist: gemeinschaftliches Denken und Handeln und die Nutzung von Synergien.

Mit diesem Konzept trafen wir beim Senat tatsächlich auf offene Ohren. Wie sich herausstellte, hatte es dort bereits erfolgreiche Versuche gegeben, einen solchen Campus-Charakter an Schulen umzusetzen. Unsere Idee traf den Nagel also auf den Kopf. Es lagen trotzdem nochmal mehr als drei Jahre harter Arbeit vor uns. Ende 2019 hatte sich unsere Überzeugungsarbeit ausgezahlt: die Genehmigung zur Gründung einer SESB für das Dreilinden Gymnasium und die Dreilinden Grundschule wurde erteilt.

Aktuell machen wir uns an den nächsten großen Schritt und kümmern uns um die nötige Erweiterung der Schulen. Zudem hat das Modell so viel Zuspruch erhalten, dass wir schon die nächsten Campus Konzepte planen. Sie sollen auch ohne SESB funktionieren, und zudem Willkommensklassen direkt in die bestehenden Schulstrukturen einbinden. Es würde uns sehr freuen, wenn dieses Konzept auch außerhalb unseres Bezirks Schule macht. Wir leben den Gemeinschaftsschulgedanken, auch wenn wir manchmal unkonventionelle Wege gehen müssen.

Von Susanne Mertens,
KV Steglitz-Zehlendorf



**GEMEINSCHAFTLICHES
DENKEN UND HANDELN
UND SYNERGIEN NUTZEN.**

MITMACHEN

Parteien leben von den Menschen, die politisch aktiv sind und sie unterstützen.
Wir Grünen sind stolz auf unsere Basisdemokratie und sind sicher: Du kannst etwas bewirken, mehr noch – Du machst den Unterschied!

Du kannst dich an vielen verschiedenen Stellen in der Partei einbringen.

KREISVERBÄNDE – VOR ORT AKTIV WERDEN

Unsere Kreisverbände sind das Herz unserer Partei: Hast Du Lust, Dich vor Ort zu engagieren und in Deinem Kiez etwas zu verändern? Dann schau einfach bei einem Kreisverband in Deiner Nähe vorbei. Weitere Informationen findest Du unter www.gruene.berlin/kreisverbaende-berlin.

GRÜNE JUGEND – JUNG, GRÜN, STACHELIG

Du denkst, dass Du zu jung für Politik bist? Stimmt nicht! Bei der Grünen Jugend Berlin findest Du viele junge Menschen, die sich politisch engagieren. Weitere Infos unter www.gj-berlin.de.

LANDEsarbeitsGEMEINSCHAFTEN – DIE GRÜNEN DENKFABRIKEN

Dich interessiert ein ganz bestimmtes politisches Thema? Du kennst Dich in einem Fachgebiet besonders gut aus? Dann bringe Dich mit Deinem Wissen und Deinen Ideen in unseren Landesarbeitsgemeinschaften ein. Ansprechpersonen, Termine und Aktuelles findest Du unter www.gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften.

GRÜNE NETZFEUERWEHR – GEMEINSAM STARK

Wir überlassen das Netz nicht den rechten Trollen und dem Hass. Du möchtest mit uns die sozialen Netzwerke gegen Rechts verteidigen und zeigen, dass demokratisch und zivilisiert diskutieren auf Facebook, Twitter und Co. möglich ist? Dann werde Teil unserer grünen Netzfeuerwehr unter www.gruene.de/netzfeuerwehr.

Wir arbeiten derzeit zu folgenden Themen:

LANDEsarbeitsGEMEINSCHAFTEN

Bildung	Kultur
Bündnisgrüne Christ*innen	Medien
Demokratie und Recht	Migration und Flucht
Digitales & Netzpolitik	Mobilität
Drogenpolitik	Planen Bauen Wohnen
Energie Berlin-Brandenburg	Stadtentwicklung
Europa Berlin-Brandenburg	QueerGrün
Frauen* und Gender	Tierschutzpolitik
Frieden & Internationales	Umwelt
Gesundheit & Soziales	Wirtschaft & Finanzen
Grüne Jugend Berlin	Wissenschaft

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- Ernährung und Landwirtschaft
- Aktiv gegen Rechts
- Bunt-Grün
- Fahrrad
- Grundsicherung/Grundeinkommen
- Kinder Jugend Familie
- Sportpolitik
- Verbraucherschutz

IMPRESSUM

07/2020, 42. Jg., Nr. 203

HERAUSGEBERIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80 | 10117 Berlin

(U2 Spittelmarkt)

T. (030) 61 50 05-0 | F. (030) 61 50 05-99

E. info@gruene-berlin.de

www.gruene.berlin

[facebook.com/Buendnis90DieGruenenBerlin](https://www.facebook.com/Buendnis90DieGruenenBerlin)

twitter.com/gruene_berlin

[instagram.com/gruene_berlin](https://www.instagram.com/gruene_berlin)

REDAKTION

Hannah König, Johannes Frericks (V.i.S.d.P.)

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Die einzelnen Beiträge der Autor*innen geben die Meinung der jeweiligen Verfasser*innen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion. Lesebriefe bitte per E-Mail senden an stachlige-argumente@gruene-berlin.de.

GRAFIK & LAYOUT

Großstadtzoo

Rudolfstr. 11, 10245 Berlin

Jennifer Tix | Klaus Günther

www.grossstadtzoo.de

TITELGRAFIK

Dieckert Schmidt